

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP)

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates

an den Kantonsrat von Solothurn

vom 29. Oktober 2007, RRB Nr. 2007/1831

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommissionen

Sach- und Aufsichtskommissionen

2008 – 2011

Management Summary

Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan 2008-2011 (IAFP) deutet auf eine Verschlechterung der Finanzsituation des Kantons Solothurn hin. Die operativen Überschüsse von 40.0 Mio. Franken (2008) münden ab 2010 in Defizite um, welche 2011 einen Minussaldo von 42,6 Mio. Franken erreicht (Verschlechterung 85 Mio. Franken). Während das Investitionsvolumen in etwa stabil gehalten werden kann, verschlechtert sich aufgrund der negativen Entwicklung in der Erfolgsrechnung die dritte Schlüsselgrösse, der Selbstfinanzierungsgrad, von 112 % (2008) auf lediglich noch 29% (2011). Ab 2009 muss sich demnach der Kanton wiederum neu verschulden, was zu einer Reduktion des Eigenkapitals auf noch 77,6 Mio. Franken führt.

Die Ursachen liegen einerseits bei Kostensteigerungen insbesondere bei den bekannten Aufgaben Bildung, Gesundheit und Soziales. Dabei handelt es sich auch um exogene, durch die kantonalen Entscheidungsträger nicht direkt beeinflussbare Bereiche. Besonders erwähnenswert ist dabei die KVG-Revision, die im IAFP noch nicht erfasst wird und je nach den Beschlüssen der eidg. Räte weitere Mehrkosten im Rahmen von 60 Mio. Franken pro Jahr mit sich bringen könnten. Andererseits schlägt bei den Einnahmen die Steuergesetzreform zu Buche, und zwar mit rund 50 Mio. Franken. Bei den Rahmenbedingungen muss zudem von einem verringerten Wachstum der Wirtschaft ausgegangen werden.

Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass mit wachsender zeitlicher Distanz die Planungsgenauigkeit erfahrungsgemäss abnimmt, ist diese Entwicklung unerfreulich. Sie ist auch insofern unerfreulich, als durch die Tatsache, dass der Anteil der nicht direkt beeinflussbaren Kostensteigerungen wiederum entsprechende Korrekturen in denjenigen Bereichen notwendig macht, die im Einflussbereich des Kantons liegen.

Es wird anlässlich den kommenden Budgetierungsprozessen grosse Anstrengungen erfordern, den erklärten Sanierungskurs unter den gegebenen Bedingungen weiterzuführen und eine Neuverschuldung des Kantons zu vermeiden. Weder auf der Einnahmen- noch auf der Ausgabenseite kann sich der Kanton Solothurn grosse Sprünge leisten.

Inhaltsverzeichnis

Management Summary	3
Botschaft und Entwurf des Regierungsrates	7
1.0. Einleitung	15
1.1. Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?	15
1.2. Zielhierarchie der Planungsinstrumente	15
1.3. Aufgabenbereiche	16
1.4. Neuerungen gegenüber dem IAFP 2007 - 2010	16
1.5. Planungsgrundlagen	17
2.0. Finanzielle Übersichten	19
2.1. Gesamtschau	19
2.2. Ergebnisse	20
2.3. Erfolgsrechnung in Mio. Franken	21
2.4. Investitionsrechnung in Mio. Franken	22
2.5. Finanzkennzahlen	23
2.6. Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2007 - 2010	24
2.7. Auswirkungen des Finanzausgleichs	28
2.8. Eingeschränkte Handlungsautonomie	29
3.0. Aufgabenbereiche	31
3.1. Behörden / Allgemeine Verwaltung	31
3.2. Öffentliche Sicherheit	35
3.3. Bildung	38
3.4. Kultur und Freizeit	42
3.5. Gesundheit	44
3.6. Soziale Wohlfahrt	46
3.7. Verkehr	50
3.8. Umwelt und Raumordnung	53
3.9. Volkswirtschaft	55
3.10. Finanzen und Steuern	58
4.0. Anhang 1: Zuteilung der Globalbudgets und Finanzgrößen zu den Aufgabenbereichen	61
4.1. Erfolgsrechnung	61
4.2. Investitionsrechnung	64
5.0. Anhang 2: Details zu den Finanzen Erfolgsrechnung	65

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2008 – 2011

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 29. Oktober 2007, RRB Nr. 2007/1831

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommission(en)

Sach- und Aufsichtkommissionen

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	9
1. Ausgangslage	11
1.1 Finanzpolitisches Leitbild	11
1.2 Gesetzliche Grundlagen	11
2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates	11
3. Rechtliches	12
4. Antrag	12
5. Beschlussesentwurf	13

Anhang/Beilage

Integrierter Aufgaben und Finanzplan (IAFP) 2008 -2011

Kurzfassung

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2008 – 2011 als mittelfristiges, flächendeckendes Planungsinstrument umfasst das dem Beschluss folgende Budgetjahr sowie die drei darauffolgenden Jahre. Der IAFP wird jährlich überarbeitet und dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Er gewährleistet eine jährlich aktualisierte Gesamtschau der Aufgaben- und Finanzentwicklung in sämtlichen staatlichen Aufgabenbereichen für die vierjährige Planperiode. Es geht darum, möglichst frühzeitig im Vollzug die gesetzten Ziele und die Strategie zu hinterfragen und lenkend einzugreifen, Abweichungen zu erkennen, Ziele zu konkretisieren und allenfalls Verbesserungsmassnahmen zu planen und zu definieren. Die wesentlichen Ergebnisse vom integrierten Aufgaben- und Finanzplan sind im Anhang kommentiert.

Der Planungsbeschluss ist das Instrument in der Hand des Kantonsrates, um auf den IAFP Einfluss zu nehmen. Der Planungsbeschluss verpflichtet den Regierungsrat, den integrierten Aufgaben- und Finanzplan im Sinne der Vorgabe zu erstellen oder anzupassen. Der Planungsbeschluss geht der Planung des Regierungsrates vor. In begründeten Fällen kann der Regierungsrat davon abweichen. Einen Planungsbeschluss beantragen können eine ständige Kommission, eine Fraktion oder 17 Ratsmitglieder.

Sehr geehrte Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zum integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2008 – 2011 und ersuchen um Kenntnisnahme.

1. Ausgangslage

1.1 Finanzpolitisches Leitbild

Im Legislaturplan 2005-2009 wurde als Ziel definiert, eine nachhaltige Sanierung des Finanzhaushaltes zu erreichen. Dies beinhaltet unter anderem eine restriktive Finanzpolitik, einen Schuldenabbau und eine Wirkungsorientierung bei der Erfüllung der staatlichen Aufgaben. Die Zielgrösse einer Nettoverschuldung pro Einwohner/in von unter Franken 2'000.- konnte bis heute erreicht werden. Zusätzlich konnte Eigenkapital gebildet werden, was die beabsichtigte Massnahme einer Steuerentlastung vorgängig bedingte.

Mit dem integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2008 – 2011 soll eine möglichst genaue Zukunftsperspektive unter Einbezug der veränderten Rahmenbedingungen über die Aufgaben und finanziellen Ressourcen aufgezeigt werden. Ziel ist es, möglichst frühzeitig unerwünschte Auswirkungen und Tendenzen zu erkennen und lenkend einzugreifen, allenfalls Verbesserungsmassnahmen zu planen und definieren. Im Bewusstsein der zeitverzögerten Wirkung von Verbesserungsmassnahmen ist eine prospektive Sicht umso wichtiger. Die wesentlichen Ergebnisse des integrierten Aufgaben- und Finanzplans sind im Anhang kommentiert.

1.2 Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzliche Grundlage für den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan bildet § 16 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), der wie folgt lautet:

§ 16. Integrierter Aufgaben- und Finanzplan

¹ Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan ist eine rollende Planung; er wird vom Regierungsrat jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei darauffolgenden Jahre erstellt. Er gewährleistet eine Gesamtschau der Aufgaben- und Finanzentwicklung in sämtlichen Aufgabenbereichen und enthält eine Steuer- und Verschuldungsplanung.

² Wesentliche Veränderungen gegenüber dem integrierten Aufgaben- und Finanzplan des Vorjahres sowie innerhalb der Planperiode werden ausgewiesen und begründet. Zur Korrektur unerwünschter Entwicklungen enthält er einen Massnahmenplan.

³ Zu Beginn der Legislatur ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan mit dem Legislaturplan inhaltlich abgestimmt.

⁴ Der Regierungsrat legt den integrierten Aufgaben- und Finanzplan jährlich dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vor.

2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates

Der Regierungsrat trägt die Verantwortung für die politische Planung insgesamt, der Kantonsrat nimmt davon Kenntnis und ist befugt, die Prioritäten zu verschieben oder andere Ziele zu setzen. Der Kantonsrat ist dazu berufen, die Planung des Regierungsrates zu beaufsichtigen und zu korrigieren. Mittels Planungsbeschlüssen kann er den Regierungsrat beauftragen, eine Staatsaufgabe in einer bestimmten Richtung zu entwickeln. Der Planungsbeschluss verpflichtet den Regierungsrat, den IAFP im Sinne der Vorgabe zu erstellen oder anzupassen. Der Planungsbe-

schluss geht der Planung des Regierungsrates vor. In begründeten Fällen kann der Regierungsrat davon abweichen (§ 17 Absatz 1 und Absatz 3 WoV-G). Ein Planungsbeschluss zum IAFP kann nach § 88^{sexies} des Geschäftsreglementes des Kantonsrates jederzeit von einer ständigen Kommission, einer Fraktion oder 17 Ratsmitgliedern beantragt werden. Für die Einreichung von Planungsbeschlüssen zum IAFP gibt es keine zeitlichen Restriktionen.

3. Rechtliches

Nach § 16 Absatz 3 WoV-Gesetz nimmt der Kantonsrat vom IAFP Kenntnis. Nach § 148 Abs. 1 Buchstabe a des Gesetzes über die politischen Rechte (BGS 113.111) sind Kantonsratsbeschlüsse, welche lediglich auf Kenntnisnahme lauten, vom fakultativen Referendum ausgeschlossen.

4. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Peter Gomm
Landammann

Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

5. Beschlussesentwurf

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2008-2011

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 73 und 78 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹ und § 16 Absatz 3 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003², nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 29. Oktober 2007 (RRB Nr. 2007/1831), beschliesst:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2008 – 2011 wird Kenntnis genommen.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Amt für Finanzen (5)
Departemente (5)
Staatskanzlei
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste

¹ BGS 111.1.

² BGS 115.1.

1. Einleitung

1.1. Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist das zentrale mittelfristige Planungsinstrument des Regierungsrates: Für einen Zeithorizont von 4 Jahren wird die geplante Aufgaben- und Finanzentwicklung über alle staatlichen Tätigkeiten dargestellt und erläutert.

Die gesetzliche Grundlage für den IAFP wurde mit dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), welches per 1. Januar 2005 in Kraft trat, geschaffen.

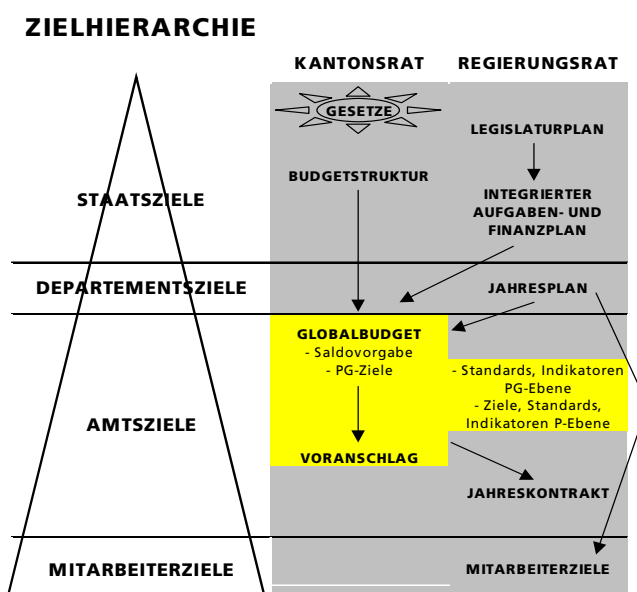
Der IAFP ist eine rollende Planung. Er wird vom Regierungsrat jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei darauffolgenden Jahre erstellt. Im Gegensatz dazu wird der Legislaturplan nur alle vier Jahre erstellt und konzentriert sich auf die politischen Schwerpunkte einer Amtsperiode. Im IAFP sind die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem IAFP des Vorjahres sowie innerhalb der Planperiode auszuweisen und zu begründen (WoV-G; §16 Absatz 2). Damit soll eine nachvollziehbare und seriöse Planungsarbeit gewährleistet sein. In jedem Aufgabenbereich wurden konkrete Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele vorgesehen. Der Arbeitsstand der Massnahmen wird laufend aktualisiert und hier rapportiert. Der Regierungsrat legt den IAFP jährlich dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vor.

1.2. Zielhierarchie der Planungsinstrumente

Nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) werden die Wirkungsziele und Leistungsvorgaben in folgenden Beschlussformen festgelegt:

- a) die langfristigen sowie alle grundlegenden Ziele in der Gesetzgebung (Verfassung und Gesetz);
- b) die mittelfristigen Ziele im Legislaturplan und im integrierten Aufgaben- und Finanzplan;
- c) die kurzfristigen Ziele im Voranschlag / Globalbudget und Jahresplan.

Verfassung und Gesetz sind den aufgeführten Instrumenten übergeordnet. Der Regierungsrat kann aber in seinen Plänen (Legislaturplan / Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) eine Änderung des rechtlichen Rahmens vorsehen, wenn vorgesehene Massnahmen dies notwendig machen. Das letzte Wort hierzu hat aber in jedem Fall der Kantonsrat bzw. das Volk. Bei den Leistungsaufträgen auf der Ebene Globalbudget gehen Verfassung und Gesetze in jedem Fall vor.



Die einzelnen WoV-Instrumente hängen nicht isoliert im Raum – sie sind im Gegenteil so konzipiert, dass sie aufeinander Bezug nehmen und erst im Zusammenspiel ihre Wirkung entfalten. Die folgende Grafik zeigt diesen grösseren Zusammenhang, indem sie die Instrumente unterschiedlichen Zielebenen zuordnet und so zueinander in Beziehung setzt.

Der IAFP hat eine koordinierende Funktion zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und den politischen Schwerpunkten des Legislaturplanes. Zusätzlich werden die allgemeinen Zielsetzungen und Absichtserklärungen konkret in den Massnahmen beschrieben, welche direkt über die Jahresplanung der Departemente die Mitarbeiterziele beeinflussen.

1.3. Aufgabenbereiche

Das breite Spektrum der staatlichen Tätigkeit kann nach den verschiedensten Kriterien unterteilt werden. Im vorliegenden Bericht wird an die sogenannte „Funktionale Gliederung“ des öffentlichen Rechnungswesens angelehnt, welche eine Einteilung der staatlichen Aufgaben in 10 Hauptaufgabengebiete vorsieht.

Die Aufgabenzuteilung zu den 10 Bereichen des IAFP sind jedoch nicht identisch mit der funktionalen Gliederung. Abweichungen entstehen, weil im IAFP die einzelnen Globalbudget (Profitcenter) einem der 10 Aufgabenbereiche schwerpunktmässig zugeordnet sind. Die Globalbudget (Profitcenter) setzen sich zusammen aus Aufgaben, für die nach dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung Globalbudget-Vorlagen (Leistungsauftrag und Saldovorgabe) erstellt wurden. Hinzu kommen noch sogenannte Finanzgrössen – Ausgaben- und Einnahmenpositionen, welche ausserhalb der Globalbudgets geführt werden (bspw. kantonale Steuern). Die funktionale Gliederung in den Voranschlägen und der Rechnung hingegen gehen tiefer ins Detail.

Im Anhang 1 ist ersichtlich, welche Globalbudgets und Finanzgrössen den 10 Aufgabenbereichen zugeordnet sind und welche Dienststellen der Verwaltung die entsprechenden Leistungen erbringen. Die finanzielle Details der einzelnen Globalbudgets und Finanzgrössen je Aufgabenbereich kann dem Anhang 2 entnommen werden.

1.4. Neuerungen gegenüber dem IAFP 2007 - 2010

1.4.1. Inhaltliche Änderungen

Reduktion der Anzahl Differenzspalten

Die grössten finanziellen Veränderungen gegenüber dem IAFP 2007 –2010 werden nur im Kapitel 2.6 ausgewiesen und begründet. Natürlicherweise stellen die Abweichungen Ungenauigkeiten der Planung dar. Dieser Vergleich zeigt auf, welche Grössen bei der rollenden Planung massgebend verändert wurden. Die einzelnen Dienststellen haben bei Abweichungen von über 1. Mio Fr. der Finanzpläne der Vorjahre 2008 und 2009 Rechenschaft abzulegen über die Veränderungen. Ziel ist es, die Qualität und Aussagekraft des IAFP's damit möglichst hoch zu halten.

Neues Kapitel 2.7: Auswirkungen des Finanzausgleichs

Aufgrund der Tragweite der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), wurde dazu ein separates Kapitel erstellt.

Keine „beeinflussbaren internen Verrechnungen“ mehr.

Im RRB vom 3.Juli 07 (2007/1235) wurde beschlossen, alle beeinflussbaren Verrechnungen als nicht beeinflussbar zu deklarieren. Die Zeile „Beeinflussbare Verrechnungen“ wird nicht mehr gezeigt und der „Saldo“ entspricht damit dem Globalbudgetsaldo. Die internen Verrechnungen werden nicht separat ausgewiesen.

Strassenbaufonds wird separat im Kapitel 3.7.6 erläutert

Die Finanzkommission hat am 6. Juni 2007 dem Antrag der Kantonalen Finanzkontrolle zugestimmt, dass der Strassenbaufonds im IAFP mit einem Planungshorizont bis ins Jahr 2022 jährlich aktualisiert wird.

1.4.2. Änderungen der Struktur

Sämtliche Verwaltungsstellen inklusive der Gerichte haben ab dem 1.1.2008 ein Globalbudget. Von den Gerichten wurde die Bussen und Geldstrafen neu als Finanzgrösse erfasst.

Die Strafanstalt Schöngrün, Freiheitsstrafen im halboffenen Vollzug und der Massnahmenvollzug mit hoher Sicherheit vom Therapiezentrum „Schachen“, haben im Hinblick auf die Zusammenlegung ein Globalbudget „Justizvollzug“ ab 1.1.2008.

1.5. Planungsgrundlagen

Bei der Erstellung des vorliegenden Plans gingen wir von folgenden volkswirtschaftlichen Eckdaten aus:

Wirtschaftswachstum (BIP real)

In den Planjahren 2009 - 2011 rechnen wir mit einem jährlichen realen Wirtschaftswachstum von 1%.

Teuerung

In den Planjahren ist keine zusätzliche Teuerung berücksichtigt. Die Lohnkosten sind damit auf dem Stand vom Voranschlag 2008 inklusiv den 2% in alle Planjahre fortgeschrieben.

Bevölkerungswachstum

Bei der Berechnung der Nettoverschuldung pro Einwohner/in gehen wir davon aus, dass die Einwohnerzahl des Kantons Solothurn jährlich um rund 1'000 Einwohner/innen zunimmt. Als Basis dienen die aktuellen Bevölkerungszahlen 2006.

Steuerertrag

Der Kantonsrat hat am 27. Juni 2007 zwei Änderungen des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern beschlossen und beide Beschlüsse dem obligatorischen Referendum unterstellt. Die beiden Vorlagen beinhalten Steuererleichterungen für die natürlichen und für die juristischen Personen. Der Voranschlag 2008 beruht auf der Annahme, dass die Vorlage 1 (Steuerentlastungen bei den Einkommens-, Vermögens- und Kapitalsteuern) angenommen wird. Sie soll 2008 in Kraft treten. Bei der Abstimmung am 21. Oktober 2007 wurde die Vorlage 1 und 2 angenommen. Keinen Einfluss auf den Voranschlag 2008 hat dagegen der positive Ausgang der Abstimmung über die Vorlage 2 (Steuerentlastungen bei der Vermögens- und Gewinnsteuer). Diese wird frühestens 2012 in Kraft gesetzt, und zwar nur dann, wenn die Staatsrechnung in der Bilanz ein Eigenkapital ausweist. Auf Grund der Milderung der Einkommens-, Vermögens- und Kapitalsteuertarife sowie der in Aussicht gestellten Senkung des Staatssteuerfusses von 108 Prozent auf 105 Prozent ergibt sich im Jahr 2008 ein Minderertrag von rund 32 Mio. Franken. Die Erhöhung der Versicherungsprämienabzüge und die Einführung eines allgemeinen Abzuges für Kinderbetreuungskosten werden erst im Jahr 2009, wenn die erhöhten Abzüge im Veranlagungsverfahren berücksichtigt werden können, budgetwirksam. Es ist mit einem Minderertrag von 15 Mio. Franken (Total Mindererträge aus der StG-Revision: 47 Mio. Fr.) zu rechnen.

Steuerfuss

Im vorliegenden integrierten Aufgaben- und Finanzplan ist der Steuerfuss für die allgemeine Staatssteuer bis 2007 mit 108% und ab 2008 mit 105% eingesetzt.

Berücksichtigung bundespolitischer Vorhaben

Massgeblichen Einfluss auf die Planjahre 2008 - 2011 hat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), welche am 1.1.2008 in Kraft treten wird (siehe sep. Kapitel 2.7.)

Alle weiteren Vorhaben auf Bundesebene, welche den Finanzhaushalt des Kantons teilweise in einer beträchtlichen Masse beeinflussen können (allfällige weitere Entlastungsprogramme des Bundes, Aufgabenüberprüfung, Unternehmens- und Familienbesteuerungsreform, neue Spitalfinanzierung/Revision KVG etc.), sind hingegen im vorliegenden IAFP noch **nicht berücksichtigt**, da noch nicht definitiv beschlossen. Immerhin kann festgehalten werden, dass gemäss heutigem Stand der **KVG-Revision** mit Zusatzkosten in der Grössenordnung von **60 Mio. Franken zu rechnen ist**.

Stichtage

Für die Finanzdaten (Voranschlag 2008, Finanzplanjahre 2009 - 2011) gilt als Stichtag der 29. Oktober 2007. Berücksichtigt sind die Daten vom verabschiedeten Voranschlag 2008 Regierungsratsbeschluss vom 4. September 2007 (RRB Nr. 2007/1489) sowie die eingereichten Budgetnachträge des Regierungsrates vom 29. Oktober 2007. Allfällige weitere Anträge des Kantonsrates sind in den Planjahren 2008 - 2011 nicht berücksichtigt.

Legislaturplan:

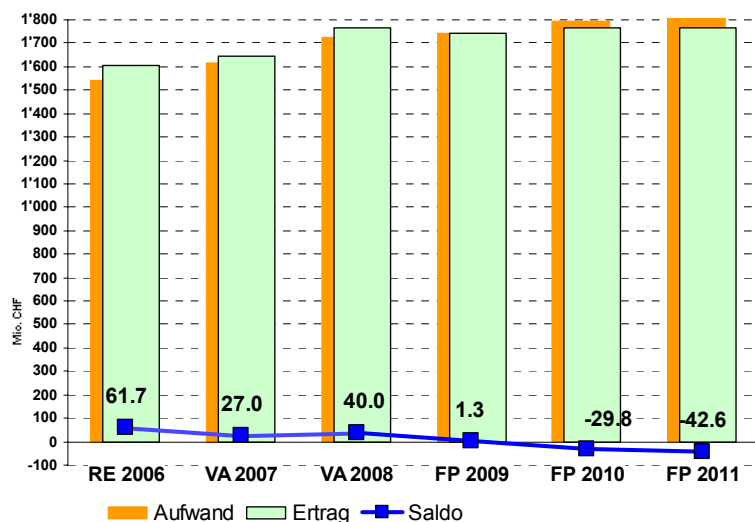
Bei jedem Aufgabenbereich sind die Vorgaben aus dem Legislaturplan 2005 - 2009 explizit aufgeführt. Die Vorgaben basieren auf dem von uns im August 2005 verabschiedeten Legislaturplan, ergänzt und / oder abgeändert um die vom Kantonsrat eingereichten Planungsbeschlüsse, denen der Regierungsrat in der Sitzung vom 31.10.2005 teilweise zugestimmt haben.

2. Finanzielle Übersichten

2.1. Gesamtschau

Die Leistungen mit den entsprechenden Massnahmen sind in den einzelnen Bereichen aufgelistet und werden hier nicht weiter erläutert

Der Voranschlag 2008 schliesst in der Erfolgsrechnung mit positiven 40.0 Mio. Fr. ab. Die weiteren



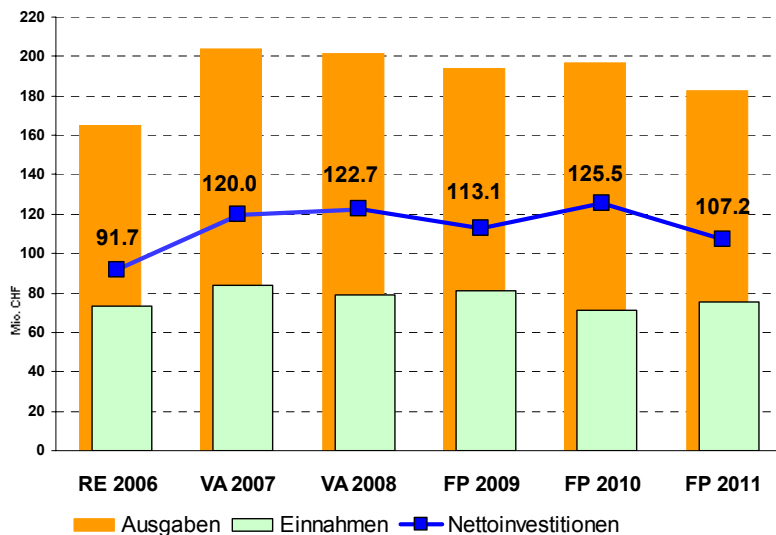
Planjahre weisen eine stetige Verschlechterung mit noch einem knapp positiven Jahr 2009 und folgend ein Minus von bis 42,6 Mio. Franken im Jahr 2011 aus. Damit bestätigt sich die Tendenz, dass je weiter in der Zukunft die Planung liegt, desto schlechter die Planergebnisse ausfallen.

In den Finanzplanjahren ist die **Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)** mit verifizierten Zahlen vom Bund enthalten. Die Aufgabenteilung ist bereinigt und der Kanton wird diese in den

kommenden Jahren übernehmen. Der Ressourcenausgleichsbeitrag vom Bund kann jedoch schwanken, weil dieser jährlich neu berechnet wird und von der Entwicklung des Ressourcenindex des eigenen Kantons, aber auch von der Entwicklung aller übrigen Kantone abhängt. Bei der **Steuergesetzrevision** wurde die Vorlage 1 und 2 angenommen. Ab Voranschlag 2008 sind die Auswirkungen berücksichtigt. Nicht enthalten ist die **KVG-Revision** vom Bund, welche voraussichtlich eine Kostensteigerung von **60 Mio. Franken** bedeuten würde.

Den weiteren **Kostenanstiegen** in den Bereichen 3. Bildung (Sonderschulpädagogik / Sonderschulheime, Bildungsprojekt Harmos) und 5. Gesundheit (Gesundheitskosten, Spitalteuerung) stehen abnehmende Steuererträge gegenüber. Ab 2010 steht aufgrund der Wirkung der Steuergesetzrevision, der exogen bestimmten KVG-Revision, der schlechteren Wirtschaftsprognosen und dem Schwankungsrisikos vom Finanzausgleich eine **deutliche Verschlechterung der Finanzlage in Aussicht**.

Die Investitionsrechnung ist geprägt von den **Gesamtverkehrsprojekten in Solothurn und in Olten**. Im Jahr 2007 sind vor



allem die Landerwerke in Olten budgetiert und 2008 die Verkehrsbauten in Solothurn. Die Erhöhung im 2010 ist auf die Bauprojekte in Olten und die Mehrausgaben zur Substanzerhaltung der Strassen (siehe Kapitel 3.7.6) zurückzuführen. Nach Abschluss der Grossprojekte reduzieren sich die Ausgaben der Investitionsrechnung voraussichtlich ab 2011.

2.2. Ergebnisse

	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
in Mio. Fr						
1. Erfolgsrechnung						
Total Aufwand	1'544.2	1'618.5	1'728.1	1'742.9	1'793.0	1'805.3
Total Ertrag	-1'606.0	-1'645.5	-1'768.1	-1'744.2	-1'763.2	-1'762.7
Ertragsüberschuss (-)	-61.7	-27.0	-40.0	-1.3	29.8	42.6
Aufwandüberschuss (+)						
2. Investitionsrechnung						
Total Ausgaben	164.7	204.0	202.0	194.1	197.0	182.4
Total Einnahmen	-73.0	-83.9	-79.3	-81.0	-71.5	-75.2
Nettoinvestitionen	91.7	120.0	122.7	113.1	125.5	107.2
3. Finanzierung						
Nettoinvestitionen	91.7	120.0	122.7	113.1	125.5	107.2
- Abschreibung Verwaltungsvermögen	-29.9	-35.3	-38.2	-39.3	-40.3	-41.3
- Abschreibung Spezialfinanzierungen	-46.4	-60.3	-58.8	-39.2	-50.6	-32.5
- Zusätzliche Abschreibung Verwaltungsverm.						
+ Bilanzbereinigung						
+ Finanzierungsergebnis aus Bilanzbereinigung						
+ Aufwertung Beteiligung Sol. Spitäler AG						
+/- Zuweisung ins Eigenkapital	-61.7	-27.0	-40.0	-1.3	29.8	42.6
Finanzierungsüberschuss (-)	-46.3	-2.5	-14.2	33.3	64.4	76.0
Finanzierungsfehlbetrag (+)						
4. Eigenkapital						
Stand Eigenkapital/Verlustvortrag						
per 01.01.	20.0	81.7	108.7	148.7	150.0	120.2
Eigenkapital Zunahme (+), Abnahme (-)	61.7	27.0	40.0	1.3	-29.8	-42.6
Eigenkapital per 31.12.	81.7	108.7	148.7	150.0	120.2	77.6
5. Nettoverschuldung						
Nettoverschuldung je Einwohner in Fr.	401	398	384	417	482	558
	1'590	1'570	1'510	1'634	1'879	2'168
6. Selbstfinanzierungsgrad	150%	102%	112%	71%	49%	29%
(= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)						

* Die Zahlen im VA 07 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2006 aktualisiert.

2.3. Erfolgsrechnung in Mio. Franken

Total Erfolgsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Total alle Aufgabenbereiche						
Aufwand	1'544.2	1'618.5	1'728.1	1'742.9	1'793.0	1'805.3
Ertrag	-1'606.0	-1'645.5	-1'768.1	-1'744.2	-1'763.2	-1'762.7
Saldo	-61.7	-27.0	-40.0	-1.3	29.8	42.6
1. Behörden/Allg. Verwaltung						
Aufwand	131.9	133.5	140.5	143.6	143.7	144.3
Ertrag	-64.5	-61.8	-63.8	-64.1	-63.2	-63.3
Saldo	67.4	71.7	76.7	79.5	80.4	81.0
2. Öffentliche Sicherheit						
Aufwand	141.6	148.7	171.0	174.2	174.5	176.5
Ertrag	-80.5	-76.7	-77.2	-76.2	-76.2	-76.2
Saldo	61.1	72.0	93.8	98.1	98.3	100.3
3. Bildung						
Aufwand	343.0	358.6	433.7	450.3	474.9	481.1
Ertrag	-35.1	-35.0	-49.3	-48.4	-48.4	-48.4
Saldo	307.9	323.6	384.4	401.9	426.5	432.8
4. Kultur und Freizeit						
Aufwand	10.5	10.6	12.4	13.8	13.8	13.9
Ertrag	-3.5	-3.0	-3.8	-3.8	-3.8	-3.8
Saldo	7.0	7.6	8.6	10.0	10.0	10.1
5. Gesundheit						
Aufwand	238.2	256.9	267.8	274.2	279.7	287.7
Ertrag	-5.1	-1.1	-2.4	-1.8	-1.3	-1.3
Saldo	233.2	255.9	265.4	272.4	278.4	286.4
6. Soziale Wohlfahrt						
Aufwand	313.8	334.7	308.8	315.4	322.2	329.7
Ertrag	-144.2	-163.6	-155.6	-157.3	-159.3	-161.3
Saldo	169.6	171.1	153.2	158.1	162.9	168.4
7. Verkehr						
Aufwand	111.3	127.8	142.0	118.2	132.6	120.3
Ertrag	-93.4	-112.4	-108.7	-86.6	-99.3	-86.7
Saldo	18.0	15.4	33.3	31.6	33.3	33.5
8. Umwelt und Raumordnung						
Aufwand	27.1	27.2	30.3	29.0	27.0	26.8
Ertrag	-25.0	-22.8	-23.1	-23.1	-20.9	-20.8
Saldo	2.1	4.3	7.1	5.9	6.0	6.0
9. Volkswirtschaft						
Aufwand	112.9	115.7	115.2	116.4	116.4	115.7
Ertrag	-97.7	-98.6	-96.0	-96.1	-96.1	-95.9
Saldo	15.2	17.1	19.2	20.2	20.2	19.8
10. Finanzen und Steuern						
Aufwand	113.9	104.8	106.6	107.8	108.4	109.4
Ertrag	-1'057.0	-1'070.4	-1'188.3	-1'186.8	-1'194.6	-1'205.0
Saldo	-943.1	-965.6	-1'081.7	-1'079.0	-1'086.3	-1'095.7

2.4. Investitionsrechnung in Mio. Franken

Total Investitionsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Total alle Aufgabenbereiche						
Ausgaben	164.7	204.0	202.0	194.2	197.0	182.5
Einnahmen	-73.0	-83.9	-79.3	-81.0	-71.5	-75.2
Nettoinvestitionen	91.7	120.0	122.7	113.1	125.5	107.2
1. Behörden/Allg. Verwaltung						
Ausgaben	8.4	8.4	8.6	8.6	8.6	8.6
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	8.4	8.4	8.6	8.6	8.6	8.6
2. Öffentliche Sicherheit						
Ausgaben	3.3	11.9	11.8	4.9	2.6	3.0
Einnahmen	0.0	-0.5	-3.2	0.0	-0.4	-1.3
Nettoinvestitionen	3.3	11.4	8.7	4.9	2.1	1.8
3. Bildung						
Ausgaben	14.2	15.7	20.9	26.7	45.5	52.0
Einnahmen	-1.9	-1.7	-1.6	-2.0	-15.0	-21.6
Nettoinvestitionen	12.4	14.0	19.3	24.7	30.6	30.4
4. Kultur und Freizeit Keine Investitionsrechnung						
5. Gesundheit						
Ausgaben	21.8	30.1	30.4	31.4	28.6	28.7
Einnahmen	-1.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	20.5	30.1	30.4	31.4	28.6	28.7
6. Soziale Wohlfahrt Keine Investitionsrechnung						
7. Verkehr						
Ausgaben	109.0	132.1	123.7	107.9	96.4	74.6
Einnahmen	-62.7	-71.4	-64.4	-69.9	-47.0	-43.3
Nettoinvestitionen	46.3	60.7	59.3	38.0	49.4	31.2
8. Umwelt und Raumordnung						
Ausgaben	4.7	6.3	6.7	6.2	7.0	7.2
Einnahmen	-4.4	-5.4	-5.4	-4.2	-4.1	-4.0
Nettoinvestitionen	0.3	0.9	1.3	2.1	2.9	3.2
9. Volkswirtschaft						
Ausgaben	5.0	7.9	7.9	8.2	8.2	8.2
Einnahmen	-2.6	-5.0	-4.8	-5.0	-5.0	-5.0
Nettoinvestitionen	2.4	2.9	3.1	3.2	3.2	3.2
10. Finanzen und Steuern						
Ausgaben	-1.8	-8.3	-7.9	0.3	0.2	0.2
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-1.8	-8.3	-7.9	0.3	0.2	0.2

2.5. Finanzkennzahlen

in Mio. Fr. bzw. %	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Cash Flow	138.0	122.5	137.0	79.8	61.1	31.2
Abschreibungen auf Investitionen	-76.3	-95.5	-97.0	-78.5	-90.9	-73.8
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	61.7	27.0	40.0	1.3	-29.8	-42.6
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	61.7	27.0	40.0	1.3	-29.8	-42.6
Nettoinvestitionen	91.7	120.0	122.7	113.1	125.5	107.2
Operatives Finanzierungsergebnis	46.3	2.5	14.3	-33.3	-64.4	-76.0
Selbstfinanzierungsgrad	150%	102%	112%	71%	49%	29%
Nettoverschuldung ¹	400.5	398.0	383.8	417.1	481.5	557.5
Dito, in Fr. pro Einwohner ¹	1'590	1'570	1'510	1'634	1'879	2'168
Bilanzfehlbetrag (+)* / Eigenkapital (-)	-81.7	-108.7	-148.7	-150.0	-120.2	-77.6
Einwohner Ende Jahr in Tausend ²	251.6	252.8	254.2	255.2	256.2	257.2

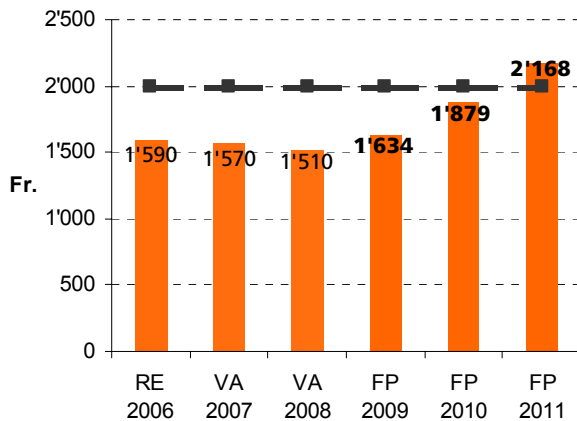
¹ Zahlen im VA 07 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2006 aktualisiert.

² Anpassungen aufgrund der Bevölkerungsprognose.

- VA 08: Stand 4. Sept.07, B+E Voranschlag 2007 (RRB Nr. 2007/1489) inkl. eingereichte Budgetnachträge.

Nettoverschuldung pro Einwohner

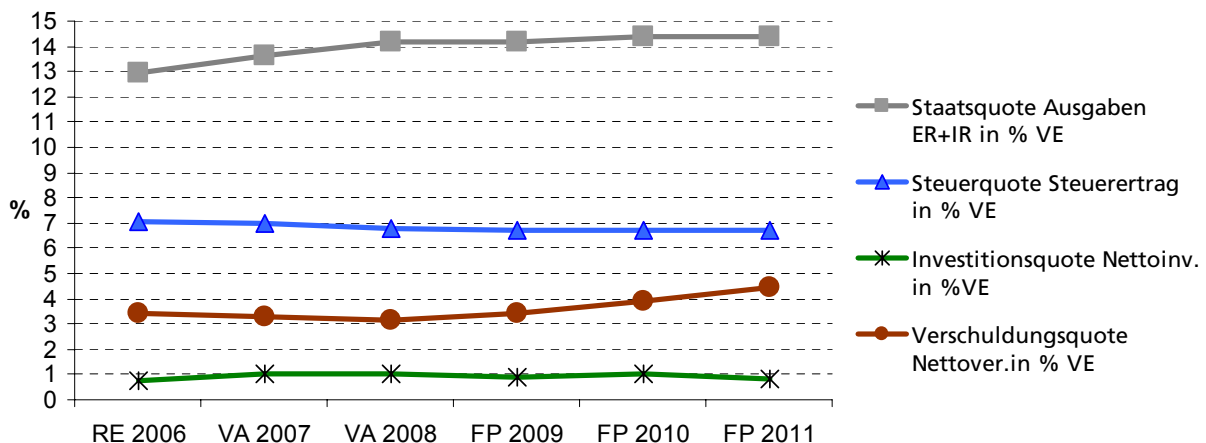
Standard Legislaturplan 2005-2009; < 2'000 Fr.



Kennzahlen in % vom Volkseinkommen (VE)

in Mio. Fr. bzw. %	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Geschätzte Zunahme VE in % ⁴	2.0%	1.6%	1.6%	1.0%	1.0%	1.0%
Volkseinkommen VE	11'795	11'984	12'175	12'297	12'420	12'544
Staatsquote Ausgaben ER+IR in % VE	13.0	13.6	14.2	14.2	14.4	14.4
Steuerertrag (inkl. MfZ-Steuer)	830.3	836.6	828.7	829.1	835.2	845.2
Steuerquote Steuerertrag in % VE	7.0	7.0	6.8	6.7	6.7	6.7
Nettoinvestitionen (Konto 5-6)	91.7	120.0	122.7	113.1	125.5	107.2
Investitionsquote Nettoinv. in % VE	0.8	1.0	1.0	0.9	1.0	0.9
Nettoverschuldung	400.5	398.0	383.8	417.1	481.5	557.5
Verschuldungsquote Nettover.in % VE	3.4	3.3	3.2	3.4	3.9	4.4

⁴ Basis provisorische Zahlen 2005 vom Bundesamt für Statistik.



2.6. Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2007 - 2010

2.6.1. Erfolgsrechnung

Total Erfolgsrechnung	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Total alle Aufgabenbereiche								
Aufwand	1'544.2	1'618.5	1'661.3	1'728.1	66.9	1'677.1	1'742.9	65.8
Ertrag	-1'606.0	-1'645.5	-1'680.9	-1'768.1	-87.3	-1'684.7	-1'744.2	-59.5
Saldo	-61.7	-27.0	-19.6	-40.0	-20.4	-7.6	-1.3	6.3

Beim Vergleich zur Vorjahresplanung „FP Vorjahr 2008“ zu „VA 2008“ ist zu beachten, dass in den Vorjahren keine Teuerung eingerechnet ist. Im aktuellen „FP 2009“ ist die Teuerung von 2% vom Jahr 2008 aufgerechnet. Aufgrund des geringen Informationsstandes bei einer mehrjährigen Prognose und gewisser Vorsichthaltung im Planungsprozess, zeigt es sich, dass erst mit dem Voranschlag eine fundierte Aussage zustande kommt. Wesentliche Abweichungen zur Vorjahresplanung werden folgend in den einzelnen Bereichen erläutert:

1. Behörden/Allg. Verwaltung	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Aufwand	131.9	133.5	133.9	140.5	6.5	134.6	143.6	9.0
Ertrag	-64.5	-61.8	-62.3	-63.8	-1.5	-62.3	-64.1	-1.8
Saldo	67.4	71.7	71.6	76.7	5.1	72.3	79.5	7.2

Die Abweichungen sind aufgrund von Mehrkosten für die Einführung des Scannings der Steuerakten im Globalbudget Steuerwesen und Informationstechnologie, sowie ein Anstieg der Kopier- und Druckkosten zurückzuführen. Zugenommen haben auch die Mietkosten im Bereich Hochbau.

2. Öffentliche Sicherheit	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Aufwand	141.6	148.7	158.5	171.0	12.5	159.2	174.2	15.1
Ertrag	-80.5	-76.7	-76.9	-77.2	-0.3	-76.9	-76.2	0.7
Saldo	61.1	72.0	81.6	93.8	12.2	82.3	98.1	15.7

Der Massnahmenvollzug wird aufgrund des per 1.1.2008 in Kraft tretenden Sozialgesetzes neu vom Kanton getragen anstatt von den Gemeinden (+ 7,2 Mio. Franken, resp. 7,6 Mio. Franken), Höhere Personalkosten wegen Teuerung und Korpserhöhung bei der Polizei (+ 3,2 Mio. resp. 3,7 Mio. Franken) sowie Kürzung der Einnahmen bei den Ordnungsbussen (2009 + 1,0 Mio. Franken).

3. Bildung	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Aufwand	343.0	358.6	410.7	433.7	22.9	414.8	450.3	35.4
Ertrag	-35.1	-35.0	-32.7	-49.3	-16.6	-31.6	-48.4	-16.7
Saldo	307.9	323.6	378.0	384.4	6.4	383.2	401.9	18.7

Die Abweichung zwischen dem Finanzplan 2008 und dem Voranschlag 2008 ist hauptsächlich auf die höheren Aufwendungen für den ausserkantonalen Schulbesuch zurückzuführen, welche weitgehend exogen bestimmt sind (Anerkennung von weiteren Schulen als Fachhochschule durch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK, Fakturierung nach ECTS-Punkten: European Credit Transfer and Accumulation System, das nicht mehr zwischen Teilzeit- und Vollzeitstudiengängen unterscheidet). Die Abweichung zwischen dem Finanzplan 2009 Stand Herbst 2006 und Herbst 2007 ist hauptsächlich auf die höheren Aufwendungen für den ausserkantonalen Schulbesuch rund + 6.8 Mio. Franken (s. obige Ausführungen), Beiträge an Gemeinden für die Besoldungen der Lehrkräfte rund + 1.3 Mio. Franken, anstehende nationale Projekte im Bildungsbereich HarmoS + 1.0 Mio. Franken, neue Bemessungsgrundlagen für die Stipendien im Zuge der Harmonisierung rund + 1.0 Mio. Franken, Mehraufwendungen im Sonderschulbereich + 2.1 Mio. Franken sowie höhere Besoldungen inkl. Sozialleistungen im Berufsschulbereich rund + 2.5 Mio. Franken zurückzuführen.

4. Kultur und Freizeit	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Aufwand	10.5	10.6	11.0	12.4	1.4	11.4	13.8	2.4
Ertrag	-3.5	-3.0	-3.0	-3.8	-0.8	-3.1	-3.8	-0.7
Saldo	7.0	7.6	7.9	8.6	0.7	8.3	10.0	1.7

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

5. Gesundheit	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Aufwand	238.2	256.9	268.9	267.8	-1.1	279.0	274.2	-4.8
Ertrag	-5.1	-1.1	-1.2	-2.4	-1.2	-1.3	-1.8	-0.5
Saldo	233.2	255.9	267.7	265.4	-2.3	277.7	272.4	-5.3

Abnahme der Aufwände in der kantonalen Spitalversorgung um 2,5 Mio. Fr. im 2008 resp. 5,4 Mio. Fr. im 2009 gegenüber dem letztjährigen IAFP. Dabei nehmen die ausserkantonalen Spitalbehandlungen um 9 resp. 16,5 Mio. Franken ab (weniger starke Kostenzunahme als bisher angenommen), während die innerkantonalen Spitalbehandlungen um 6,5 resp. 11,1 Mio. Franken zunehmen (Personalteuerung sowie Zunahme von Ausbildungsplätzen).

6. Soziale Wohlfahrt	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Aufwand	313.8	334.7	301.7	308.8	7.1	311.9	315.4	3.5
Ertrag	-144.2	-163.6	-154.9	-155.6	-0.6	-158.4	-157.3	1.1
Saldo	169.6	171.1	146.7	153.2	6.4	153.5	158.1	4.6

Neue Berechnungsgrundlage des Globalbudgets soziale Sicherheit (+ 2,7 Mio. Franken in beiden Jahren) sowie dementsprechend eine Abnahme der Sozialhilfe (-2 Mio. Franken, resp. -1,3 Mio. Franken), Zunahme der Sozialversicherungsbeiträge im 2008 um 2 Mio. Fr. resp. Abnahme im 2009 um 1,8 Mio. Franken, Zunahme der Beiträge an Heime (3,0 Mio. Franken, resp 4,1 Mio. Franken).

7. Verkehr	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Aufwand	111.3	127.8	125.5	142.0	16.5	116.9	118.2	1.2
Ertrag	-93.4	-112.4	-97.5	-108.7	-11.2	-88.5	-86.6	1.9
Saldo	18.0	15.4	28.0	33.3	5.3	28.5	31.6	3.1

Die Veränderung des Aufwandes ist zum grossen Teil bedingt durch den höheren Finanzbedarf in der Investitionsrechnung, welcher sich direkt auf die Abschreibungen in der Erfolgsrechnung auswirkt (Spezialfinanzierungen werden zu 100% abgeschrieben). Der kleinere Teil ist eine Folge der Revision des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr. Die Erhöhung des Ertrages ist auf die höhere Entnahme aus dem Strassenbaufonds zurückzuführen

8. Umwelt und Raumordnung	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Aufwand	27.1	27.2	27.6	30.3	2.7	27.9	29.0	1.2
Ertrag	-25.0	-22.8	-23.0	-23.1	-0.1	-23.4	-23.1	0.2
Saldo	2.1	4.3	4.5	7.1	2.6	4.5	5.9	1.4

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

9. Volkswirtschaft	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Aufwand	112.9	115.7	115.5	115.2	-0.3	115.3	116.4	1.1
Ertrag	-97.7	-98.6	-98.4	-96.0	2.4	-98.4	-96.1	2.3
Saldo	15.2	17.1	17.1	19.2	2.1	16.9	20.2	3.3

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

10. Finanzen und Steuern	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Aufwand	113.9	104.8	108.0	106.6	-1.5	106.1	107.8	1.7
Ertrag	-1'057.0	-1'070.4	-1'130.8	-1'188.3	-57.5	-1'140.9	-1'186.8	-45.9
Saldo	-943.1	-965.6	-1'022.8	-1'081.7	-58.9	-1'034.8	-1'079.0	-44.1

Veränderungen zum Vorjahr entstanden vorallem ertragsseitig durch aktuellere und genauere Grundlagen für die Planung der Auswirkungen des NFA, der Steuergesetzrevision, der Wirtschaftsentwicklung und der Vermögenserträge (Zinsen und Dividenden).

2.6.2. Investitionsrechnung

Total Investitionsrechnung	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Total alle Aufgabenbereiche								
Ausgaben	164.7	204.0	178.5	202.0	23.4	172.3	194.2	21.9
Einnahmen	-73.0	-83.9	-56.1	-79.3	-23.2	-64.9	-81.0	-16.2
Nettoinvestitionen	91.7	120.0	122.5	122.7	0.2	107.4	113.1	5.7

Der Vergleich zur Vorjahresplanung in der Investitionsrechnung zeigt, dass sich die Nettoinvestitionen im Verhältnis zur Erfolgsrechnung deutlich weniger verändern.

1. Behörden/Allg. Verwaltung	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Ausgaben	8.4	8.4	8.4	8.6	0.2	8.4	8.6	0.2
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	8.4	8.4	8.4	8.6	0.2	8.4	8.6	0.2

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

2. Öffentliche Sicherheit	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Ausgaben	3.3	11.9	11.9	11.8	-0.1	5.4	4.9	-0.6
Einnahmen	0.0	-0.5	-0.5	-3.2	-2.7	-2.0	0.0	2.0
Nettoinvestitionen	3.3	11.4	11.4	8.7	-2.7	3.4	4.9	1.5

Die Investitionen im Bereich 2. Öffentlichen Sicherheit nehmen im 2008 gegenüber dem letztjährigen IAFP um 2,7 Mio. Franken ab, weil neu die Einnahmen „Rückzahlung von Dritten im Projekt Polycom von 3 Mio. Franken enthalten sind. Im 2009 steigen die Ausgaben gegenüber dem letztjährigen IAFP um 1,5 Mio. Franken aufgrund des Polizeipostens in Olten und aufgrund der Fahrzeugausrüstung der Polizei.

3. Bildung	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Ausgaben	14.2	15.7	15.5	20.9	5.4	25.7	26.7	1.0
Einnahmen	-1.9	-1.7	-1.7	-1.6	0.1	-5.7	-2.0	3.7
Nettoinvestitionen	12.4	14.0	13.8	19.3	5.5	20.0	24.7	4.7

Die Veränderungen im Bereich 3. Bildung, sind aufgrund des Projektfortschritts und Investitionspriorisierung der räumlichen Erweiterung FHSO, Sanierung Kanti Olten und PH Solothurn.

4. Kultur und Freizeit	Keine Investitionsrechnung							
-------------------------------	----------------------------	--	--	--	--	--	--	--

5. Gesundheit	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Ausgaben	21.8	30.1	30.1	30.4	0.3	27.1	31.4	4.3
Einnahmen	-1.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	20.5	30.1	30.1	30.4	0.3	27.1	31.4	4.3

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

6. Soziale Wohlfahrt	Keine Investitionsrechnung							
-----------------------------	----------------------------	--	--	--	--	--	--	--

7. Verkehr	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Ausgaben	109.0	132.1	97.5	123.7	26.2	90.6	107.9	17.3
Einnahmen	-62.7	-71.4	-43.4	-64.4	-21.0	-47.6	-69.9	-22.3
Nettoinvestitionen	46.3	60.7	54.1	59.3	5.2	43.0	38.0	-5.0

Verschiebungen in der Finanzbedarfsplanung einzelner Strassenbauprojekte (Entlastung Region Olten und Flankierende Massnahmen A5) führen zu einer stärkeren Belastung der Investitionsrechnung in den Jahren 2008 und 2009.

8. Umwelt und Raumordnung	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Ausgaben	4.7	6.3	6.7	6.7	0.0	6.6	6.2	-0.4
Einnahmen	-4.4	-5.4	-5.4	-5.4	0.0	-4.6	-4.2	0.4
Nettoinvestitionen	0.3	0.9	1.3	1.3	0.0	2.1	2.1	0.0

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

9. Volkswirtschaft	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Ausgaben	5.0	7.9	8.2	7.9	-0.3	8.2	8.2	0.1
Einnahmen	-2.6	-5.0	-5.0	-4.8	0.3	-5.0	-5.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.4	2.9	3.1	3.1	0.0	3.1	3.2	0.1

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

10. Finanzen und Steuern	RE 2006	VA 2007	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2008	VA 2008		FP 2009	FP 2009	
Ausgaben	-1.8	-8.3	0.4	-7.9	-8.3	0.3	0.3	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-1.8	-8.3	0.4	-7.9	-8.3	0.3	0.3	0.0

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

2.7. Auswirkungen des Finanzausgleichs

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) per 1. Januar 2008 führt einerseits zu Mehrerträgen beim sogenannten Ressourcenausgleich (direkter Finanzausgleich) und zu Entlastungen im Bereich Sozialversicherungen AHV/IV (wird zu einer Bundesaufgabe), andererseits zu Mehrbelastungen des Kantons u.a. in den Bereichen Heime und Werkstätten, Sonderschulheime, Prämienverbilligungen KVG und öffentlicher Verkehr (Wegfall Finanzkraftzuschläge und teilweise Kantonalisierung).

Der Kanton Solothurn kann aufgrund der NFA für das Jahr 2008 mit einer finanziellen Verbesserung in der Grössenordnung von gesamthaft rund 97,5 Mio. Franken rechnen. Davon wirken sich **82,7 Mio. Franken erfolgswirksam in der Erfolgsrechnung der Staatsrechnung** aus. Die restlichen 14,8 Mio. Franken führen zu einer Verbesserung der Strassenrechnung (Strassenbau-fonds). Im IAFP 2008-2011 sind diese Mehrerträge und die entsprechenden Aufgabenverlagerungen enthalten.

Die effektiv im Voranschlag 2008 berücksichtigten finanziellen Auswirkungen der NFA für den Kanton im Überblick:

zu Gunsten des Kantons (+)		zu Ungunsten des Kantons (-)	
Bereich	Mio.	Bereich	Mio.
Bundesanteile	128.4	Bau- und Betriebsbeiträge Heime/Werkstätten	56.0
NFA-Ressourcenausgleich	+ 218.9	Sonderschulen/-heime	37.6
NFA-Härteausgleich	- 4.1	Prämienverbilligung KVG	18.0
Reduktion Bundessteueranteil	- 3.9	öffentlicher Verkehr	8.1
Finanzausgleichsbeitrag (alt)	- 79.5	AVK (wegfallende Bundesbeiträge IV)	2.1
Reduktion Anteil SNB-Ertrag	- 3.0	Berufsbildung (tiefere Bundesbeiträge)	1.9
Entlastung Sozialversicherungen AHV/IV	86.0	Schulgelder Heilpädagogik (Wegfall IV-Beitr.)	1.2
* Bau/Ausbau Nationalstrassen (SF) (Abschreibungen)	5.9		
* Betrieb Nationalstrassen (SF)	3.0		
Diverse kleinere Entlastungen (Landwirtschaft, Tiersucht)	0.4	Diverse kleinere Belastungen	1.3
		(Archäologie/Denkmalpflege; Natur- und Heimatschutz, Lärmschutz, Gewässerschutz, Landwirtschaft, Wald, Jagd, Fischerei)	
Total	223.7	Total	126.2
Saldo	97.5		
Nettogewinn Strassenbau-fonds	14.8		
* Spezialfinanzierungen	8.9		
Zuweisung 100% des Treibstoffzollanteil an den Strassenbau (bisher 50%)	5.9		
Nettogewinn Staatsrechnung	82.7		

Die Herleitung der genauen Beträge ist mit Unsicherheiten behaftet, da die Zahlen für das Jahr 2008 ohne NFA geschätzt werden mussten. So können Budgetkürzungen im Budgetprozess nicht eindeutig dem jährlichen allgemeinen Ausgabenwachstum oder der Kostenzunahme aufgrund der NFA zugerechnet werden (Bsp. Sonderschulbereich).

Nicht berücksichtigt sind mögliche, einmalige Kosten per 31. Dezember 2007 im Zusammenhang mit der Gründung der NSNW AG für den betrieblichen Unterhalt der Nationalstrassen.

Erst die tatsächlichen Aufgabenübernahmen und die effektiven Abrechnungen im 2008 werden die konkreten Belastungen und Entlastungen für den Kanton im Vergleich mit der Modellrechnung bestätigen.

Die zukünftigen Auswirkungen der NFA für den Kanton Solothurn in den kommenden Jahren sind von der Höhe des gewährten Ressourcenausgleichsbeitrages abhängig. Dieser Anteil wird jährlich neu berechnet und hängt sowohl von der Entwicklung des Ressourcenindex des eigenen Kantons, aber auch von der Entwicklung aller übrigen Kantone ab.

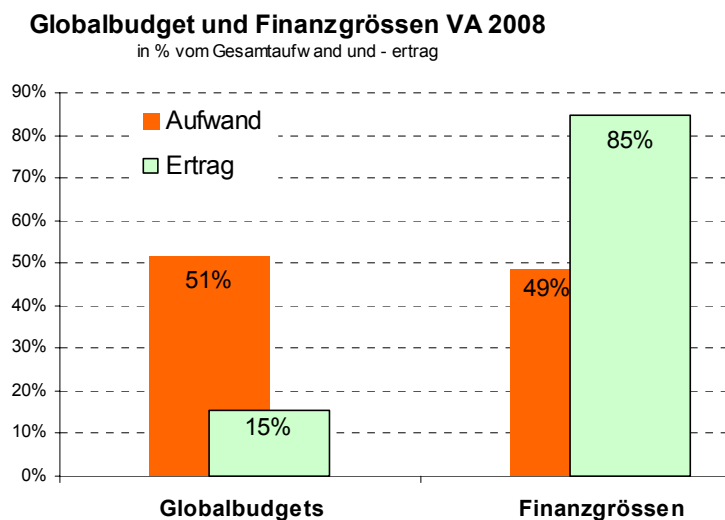
2.8. Eingeschränkte Handlungsautonomie

Viele finanzielle Ressourcen sind durch exogene Faktoren (vom Bund vorgegebene Vollzugsaufgaben oder durch Kooperationen mit anderen Kantonen) teilweise vollständig gebunden. Ein aktuelles Beispiel stellt die KVG-Revision auf Bundesebene dar, welche bei Annahme den Kanton Solothurn mit 60 Mio. Fr. mehr belastet. Es stellt sich deshalb die Frage, was von den zuständigen Gremien des Kanton Solothurn direkt beeinflusst werden kann und worauf sind die internen Ressourcen zu richten. Die folgenden drei Betrachtungsweisen nähern sich dieser Fragestellung auf unterschiedliche Art an.

2.8.1. Beeinflussbarer Bruttoaufwand

Um im Budgetprozess die noch ausstehenden Sparvorgaben zu erreichen, wurde ein Verteilungsschlüssel auf der Grundlage der „beeinflussbaren“ Kosten jedes Departementes erarbeitet. Als beeinflussbarer Bruttoaufwand wurden folgende Kostenarten genommen: Personalaufwand (300 - 309), Leistungsbonus (820001), Sozialleistungen (820000), Sachaufwand (310 - 319), Beiträge an eigene Anstalten (363) Beiträge an private Institutionen (365). Vom erhaltenen Aufwand wurden die Spezialfinanzierungen (Bsp. Strassenbaufonds) und die „Nullkostenstellen“ (bspw. RAV, ALK) abgezogen. Zusätzlich wurden die Staatsbeiträge an die FHNW und soH nur zu 30% als beeinflussbar angerechnet. Diese Betrachtung ist rein Ressourcen bezogen (Personal- und Sachaufwand) und berücksichtigt zum Beispiel nicht die vom Bund vorgegebenen Vollzugsaufgaben, bei denen der Kanton nichts bestimmen kann. Die Ertragsseite ist ganz ausgeblendet. Der **beeinflussbare Bruttoaufwand beträgt bei dieser Betrachtung rund 30% des Gesamtaufwandes.**

2.8.2. Aufteilung Globalbudget - Finanzgrößen



Mit der Einführung von WoV wurde jede Dienststelle beauftragt, die Aufwände und Erträge, welche im direkten Zusammenhang mit ihrer Leistung steht und kaum durch exogene Faktoren beeinflusst wird, dem Globalbudget zuzuweisen. Was nicht mit ihrer Leistung beeinflussbar ist (Steuererträge, Gebühren, Bussen, usw.), wurde den Finanzgrößen zugewiesen. Schwergewichtig wird auf diese Weise nun mit dem WoV-Gesetz 51% vom Aufwand und 15% vom Ertrag bewirtschaftet. Zu beachten ist überdies, dass vom Aufwand der Globalbudgets (51%) nicht alles direkt beeinflussbar ist.

2.8.3. Handlungsautonomie

Das Amt für Finanzen hat sämtliche Profitcenter / Globalbudgets nach dem Kriterium der Selbstbestimmung und Entscheidungsgewalt einer der vier folgenden Gruppen zugeordnet:

1. Kanton Solothurn
2. Spezialfinanzierungen
3. Kooperationen (mit anderen Kantonen oder Institutionen)
4. Dritte (Bund, Gemeinden).

Die Zuteilung beinhaltet einen Ermessungsspielraum.

Zusätzlich wurden die Profitcenter nach Globalbudgets und Finanzgrössen unterschieden.

		Voranschlag 2008						
		Mio. Fr.	%					Total %
Finanzgrössen								
	Aufwand	112.68	7%	135.735	8%	254.957	15%	49%
	Ertrag	-848.64	48%	-109.833	6%	-18.975	1%	83%
	Saldo	-735.97		25.902		235.982		
Globalbudgets								
	Aufwand	481.19	28%	18.999	1%	346.45	20%	51%
	Ertrag	-220.79	12%	-20.966	1%	-37.24	2%	17%
	Saldo	260.41		-1.967		309.21		
Autonomie KTSO		Kanton Solothurn	Spezial- finanzierungen	Kooperationen (mit Kantonen, halbprivaten Institutionen, usw.)		Dritte (Bund, Gemeinden, usw.)		
		hoch	neutral	geteilt		gering		

Im Vergleich zur oberen Aufteilung in Globalbudgets und Finanzgrössen entsteht eine geringe Differenz im Ertrag von 2 % aufgrund der Abgrenzung der „Nullkostenstellen“ im oberen Beispiel 2.

Die höchste Handlungsautonomie für den Kanton Solothurn besteht bei dieser Betrachtung bei **28% vom Gesamtaufwand und 12% vom Gesamtertrag**.

2.8.4. Beurteilung und Konsequenz

Die zuständigen Gremien des Kanton Solothurn können direkt und eher kurzfristig **maximal 30%-35% des Gesamtaufwandes** (inklusive Finanzgrössen) beeinflussen. Da die Entscheidungshoheit Steuern zu erheben staatlich ist, sind es beim **Ertrag rund 60% des Gesamtertrages**, welcher eher langfristig (verzögerte Wirkung bei Steuererhöhung oder – senkung) veränderbar ist.

Dies hat zur Folge, dass **jede zusätzliche exogene Kostensteigerung oder Ertragsminderung** (geringeres Wirtschaftswachstum) im **handlungsautonomen Bereich des Kantons eingespart, respektive durch Mehreinnahmen finanziert werden muss**.

3. Aufgabenbereiche

3.1. Behörden / Allgemeine Verwaltung

3.1.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Hierzu gehören die finanziellen Aufwendungen der Behörden (Kantonsrat und Regierungsrat) sowie die Leistungen und Finanzen aller zentralen Dienste mit koordinierenden Funktionen oder Querschnittsaufgaben. Ferner zählen dazu die Stellen mit Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne oder mit Aufsichtsfunktion.

Dienststellen mit koordinierenden Funktionen:

Staatskanzlei (inkl. Parlamentsdienste), Departementssekretariate;

Dienststellen mit Querschnittsaufgaben:

Drucksachen- und Lehrmittelverlag, Hochbauamt, Personalamt, Amt für Finanzen, Amt für Informatik und Organisation;

Dienststellen mit Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne / Aufsichtsfunktionen:

Kantonales Steueramt, Amtschreibereien, Amt für Gemeinden, kantonale Finanzkontrollen, Amtschreiberei-Inspektorat, Berufliche Vorsorge- und Stiftungsaufsicht

3.1.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 05-09

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
5.	Zusammenarbeit intensivieren	
5.2	Funktionsfähige und wirkungsorientierte Gemeinden	Kooperationen und Fusionen von Einwohnergemeinden unterstützen; Fusionen von Bürger- und Einwohnergemeinden zur Einheitsgemeinde fördern
6.	Nachhaltige Finanz- und Personalpolitik gewährleisten	
6.2	Personalpolitik	
6.2.1	Den Arbeitsfrieden weiterhin erhalten	Sozialpartnerschaftliche Weiterentwicklung des GAV;
6.2.2	Die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber steigern, um qualifizierte Mitarbeitende zu gewinnen und zu behalten	- Marktkonformität und Leistungsgerechtigkeit der Löhne verbessern; - Unternehmenskultur als permanenten Prozess wahrnehmen und fördern
6.2.3	Die Gleichwertigkeit der Geschlechter konsequent in allen Tätigkeitsbereichen umsetzen.	- Teilzeitmöglichkeiten auch für Kaderpersonen fördern; - Kinderkrippenangebot für Staatsangestellte ausbauen.

3.1.3. Politische Ziele und Leistungen

Die Bevölkerung wünscht zunehmend, dass die Verwaltung noch effizienter und effektiver wird. Gleiche Leistung zu tieferen Kosten oder höhere Leistung zu gleichen Kosten lautet das Credo. Die Solothurner Verwaltung will ihre wirkungs- und bürgerorientierte Ausrichtung, welche seit 2005 auch gesetzlich verankert ist, weiter verstärken.

Der Kanton Solothurn steht bei der Personalrekrutierung in Konkurrenz zur Privatwirtschaft, aber auch zu andern öffentlich-rechtlichen Arbeitgebern. Der Kanton Solothurn ist ein attraktiver Arbeitgeber und dies soll auch so bleiben. In der Legislaturperiode sollen insbesondere Massnahmen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit und der Gesundheitsförderung ergriffen werden. Das zu Beginn dieser Legislatur beschlossene Kaderentwicklungskonzept wird umgesetzt und ermöglicht den bereits in der Verwaltung tätigen Mitarbeitenden, sich intern neue Kompetenzen anzueignen und sich so beruflich weiterzuentwickeln. Das bereits als Pilotprojekt bestehende Kinderkrippenangebot ist nun definitiv verankert.

Dort, wo sinnvoll, wollen wir die interkantonale und internationale Zusammenarbeit stärken. Das vorhandene Synergiepotenzial soll ausgenutzt werden. In einigen Gebieten wird mit Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung Bund-Kantone (NFA) per 1. Januar 2008 die interkantonale Zusammenarbeit im Laufe der Legislatur zur Pflicht.

Die Paritätische Kommission Aufgabenreform Gemeinden Kanton will bis Ende 2009 die weitere Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Einwohnergemeinden und im Anschluss daran den indirekten Finanzausgleich im letzten noch verbleibenden Bereich, den Lehrerbessoldungssubventionen, überprüfen.

3.1.4. Massnahmen

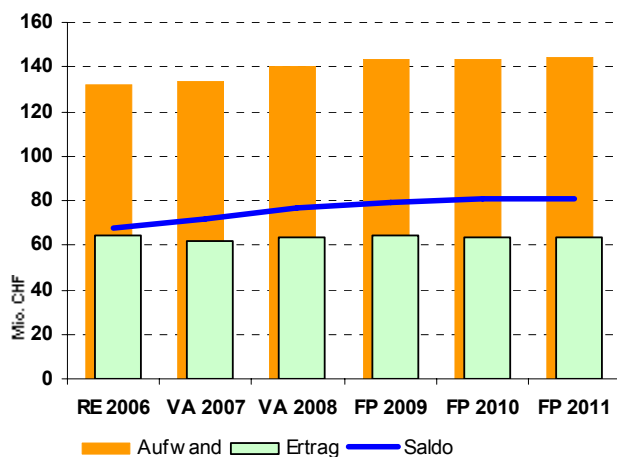
Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.
i.A. = in Arbeit. **erl.** = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen.
sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Bemerkungen / Indikatoren IAFP 08 - 11	Soll-Termin 08	Ist-Termin
1.01 Im Jahr 2005 wird eine Mitarbeiterzufriedenheitsumfrage durchgeführt. Ein qualitatives Personalcontrolling soll aufgebaut werden	i.A.	05	MAZ durchgeführt	Dez 05	Nov 05
			Departementsübergreifende Massnahmen zur MAZ mit RRB Nr. 2006/1639 vom 5.9.2006 beschlossen	Sept 06	Sept 06
			Weiterentwicklung Personalcontrolling mit RRB Nr. 2006/1640 vom 5.9.2006 beschlossen	Sept 06	Sept 06
			Umsetzung der o.e. RRB's abgeschlossen 2. MAZ durchgeführt	Dez 09	
1.02 Das Kaderentwicklungskonzept, welches wir im September 2005 verabschiedet haben, wird schrittweise umgesetzt	i.A.	05	Programm KEKSO BASIC für neue Führungskräfte ist umgesetzt.	Dez 07	Feb 07
			Programm KEKSO TOP für erfahrene Führungskräfte ist ausgeschrieben und zum Start bereit.	Dez 07	Feb 07
			Programme für die Fach- bzw. Projektleiterlaufbahn werden 2008 umgesetzt.	Jun 08	
1.03 Teilzeitmöglichkeiten für Kaderpersonen fördern; Massnahmenkatalog und weiteres Vorgehen erarbeiten	erl.	05	verwaltungsinterner Entwurf RRB	Dez 06 Mrz 07	Apr 07
			Massnahmen zur Förderung des Frauenanteils im Kader mit RRB 2007/647 vom 24.4.2007 beschlossen		
1.04 Zuhanden des Kantonsrates soll eine Vorlage verabschiedet werden mit dem Ziel eines flächendeckenden Kinderkrippenangebotes	i.A.	05	RRB B+E		
			Verlängerung Pilotprojekt mit KRB SGB 064/2006 und RRB 2006/998 vom 23.5.2006 beschlossen	Jun 06	Mai 06
			Def. Lösung mit KRB Nr. SGB 062/2007 und RRB Nr. 2007/811 vom 14.5.2007 beschlossen	Mai 07	Mai 07
			Regelung für Spitäler erarbeiten	Dez 08	
1.05 Qualitätsverbesserung bei gleichzeitiger Kostensenkung durch Ausbau der automatischen Veranlagung	erl.	05	RRB Nr. 2005/60, 2005/61, 2005/62 und 2005/63 vom 11.1.2005	Jan 05	Jan 05
1.06 Durch ständige Angebotsoptimierung der im Internet zugänglichen Dokumente und Formulare (z.B. Regierungsratsbeschlüsse, amtliche Gesetzessammlung, Gesuchsformulare etc.) soll auch in den kommenden Jahren die Bürgernähe der kantonalen Verwaltung weiter erhöht werden	DA	05			

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet. i.A = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen. sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.					
Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Bemerkungen / Indikatoren IAFP 08 - 11	Soll-Termin 08	Ist-Termin
1.07 Neues Archivgesetz	erl.	05	RRB 2005/1878 vom 6.9.2005; KRB RG150/2005 vom 25.1.2006	Dez 06	Jan 06
1.08 Kooperationen und Fusionen von Einwohnergemeinden unterstützen; Fusionen von Bürger- und Einwohnergemeinden zur Einheitsgemeinde fördern	DA	05	2 pro Jahr		
1.09 Im Bereich der grenzüberschreitenden Kontakte ist geplant, die Zusammenarbeit mit den Nordwestschweizer Kantonen zum Oberrheinraum neu auszurichten	erl.	05	Beschluss anl. des RR- Seminars vom 7./ 8. Aug. 07	Dez 06	Aug 07
1.10 Neuverhandlung der Leistungsvereinbarung mit der Regio Basiliensis / Oberrheinkonferenz	erl.	05	RRB 2006/1042 vom 30.05.2005	Dez 05	Mai 06
1.11 Im Bereich der interkantonalen Zusammenarbeit wird die Zusammenarbeit mit den Nordwestschweizer Kantonen intensiviert	erl.	05	Beschluss Plenum NWRK vom 8. Juni 2007	Dez 08	Jun 07
1.12 Die Zusammenarbeit Im Espace Mittelland wird überprüft	erl.	05	Wechsel zum Status 'einfaches Vereinsmitglied', wie auch BE, FR, VS	Dez 06	Dez 07
1.13 Für die Aufgabengebiete mit Pflicht zur interkantonalen Zusammenarbeit nach NFA werden die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten mit den Partnerkantonen geleistet	i.A.	05	Vorbereitungsarbeiten erledigt	Dez 07	
1.14 Umsetzungskonzept Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz erarbeiten	erl.	06	RRB RRB 2006/1882 vom 23.10.2006	Dez 06	Okt 06
1.15 Wov-Gesetz ändern; Delegation der Finanzkompetenz zum Abschluss von Mietverträgen an Regierungsrat (Vernehmlassung; Botschaft und Entwurf)	erl.	06	Vernehmlassung RRB B+E Verzicht, RRB 2006/2037 vom 14.11.2006	Aug 06 Okt 06	Sep 06 Nov 06
1.16 Neue Rechnungslegung / Bilanzbewertung (HRM 2) für Gemeinden: Revision Rechnungsmodell	i.A.	06	Grundlagen vorliegend (Beschlüsse FdK)	Dez 08	
1.17 Revision Verwaltungsrechtspflegegesetz (Vernehmlassung; Botschaft und Entwurf)	erl.	05		Dez 06	Sep 07
1.18 Änderung des Informations- und Datenschutzgesetzes: Anpassung an Schengen/Dublin	i.A.	07	RRB B+E Vernehmlassung bis Nov 07, geplantes Inkrafttreten 1.1.2009	Dez 08	
1.19 Vollzugsgesetzgebung zu BG über Einwohnerregister	i.A.	07	RRB B+E Vernehmlassung mit RRB 2007/1409 vom 21.8.2007 gestartet.	Dez 07	

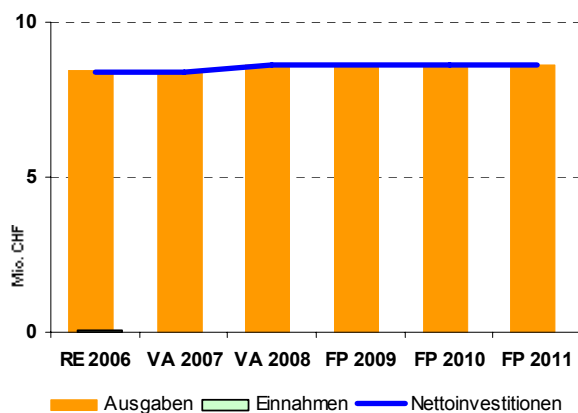
3.1.5. Finanzen in Mio. Franken

Total Erfolgsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Saldi Globalbudget	60.0	64.9	71.0	73.8	75.0	75.5
Aufwand	123.0	124.5	132.6	135.7	136.0	136.6
Ertrag	-63.0	-59.7	-61.6	-61.9	-61.0	-61.1
Saldo Finanzielle Grössen	7.5	6.8	5.7	5.7	5.5	5.5
Aufwand	8.9	8.9	7.9	7.9	7.7	7.7
Ertrag	-1.5	-2.1	-2.2	-2.2	-2.2	-2.2
Saldo total	67.4	71.7	76.7	79.5	80.4	81.0

**Bemerkungen**

Es ergeben sich in der Planperiode keine nennenswerten Veränderungen.

Total Investitionsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Nettoinvestitionen alle	8.4	8.4	8.6	8.6	8.6	8.6
Ausgaben	8.4	8.4	8.6	8.6	8.6	8.6
Einnahmen	0.0					
Einzelne Nettoinvestitionen						
Informationstechnologie (GB)	8.4	8.4	8.6	8.6	8.6	8.6

**Bemerkungen**

Es ergeben sich in der Planperiode keine nennenswerten Veränderungen.

3.2. Öffentliche Sicherheit

3.2.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Gewährleistung der subjektiven und objektiven Sicherheit von Menschen, den Schutz ihres Eigentums sowie die Erhaltung der friedlichen Ordnung. Für die Erreichung dieser Ziele erfolgen Ermittlungstätigkeiten bei der Verfolgung von Straftaten, Prävention und Repression im Strassenverkehr sowie eine Polizeipräsenz im öffentlichen Raum. Weiter zählen dazu der rechtskonforme Vollzug von Haft, Strafen und Massnahmen in den kantonalen Anstalten (Schöngrün, Im Schache, Untersuchungsgefängnisse) sowie das Erstellen der diversen Ausweise. Des weiteren umfasst der Aufgabenbereich das Erarbeiten der Grundlagen und Konzepte zur Umsetzung der sicherheitspolitischen Ziele des Kantons und den Vollzug der zugewiesenen Aufgaben.

Auch die Gerichte sorgen für den Rechtsfrieden: Sie beurteilen Streitigkeiten unter den Privaten sowie Straftaten. Zudem kann der Bürger im Rahmen der Verwaltungs- und Versicherungsgerichtsbarkeit staatliche Akte, resp. sozialversicherungsrechtliche Entscheide überprüfen lassen.

Ermittlungstätigkeiten	Polizei, Jugendanwaltschaft und Staatsanwaltschaft;
Prävention und Repression	Polizei und Motorfahrzeugkontrolle;
Straf- und Massnahmenvollzug	„Schöngrün“ und „Schachen“;
Ausweiserteilung	Amt für öffentliche Sicherheit und Motorfahrzeugkontrolle
Sicherheitspolitik	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz
Zivilrechtspflege	Obergericht, Richterämter
Strafrechtspflege	Obergericht, Richterämter, Haftgericht
Verwaltungsrechtspflege	Verwaltungsgericht, Steuergericht, Schätzungskommission
Sozialversicherungsrecht	Versicherungsgericht

3.2.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 05-09

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
7.	Öffentliche Sicherheit gewährleisten	
7.1	Strafverfolgung optimieren	Rasche Umsetzung der Strategie 2002: Zusammenlegung der Strafanstalt „Schöngrün“ mit Therapiezentrum „im Schache“.
7.2	Stärkung der öffentlichen Sicherheit	Schaffung der Rechtsgrundlage für polizeiliche Sicherheitsassistenten, um die polizeiliche Präsenz zu erhöhen;
7.3	Reduktion oder Verhinderung von Gewaltphänomenen (Jugend, Sportveranstaltungen, sozialer Nahraum etc.) durch Problemidentifizierung und –lösung in Zusammenarbeit mit anderen Stellen.	Ausbau und Institutionalisierung der Kontakte zwischen Polizei und Gemeinden, Institutionen und gesellschaftlichen Gruppierungen (Jugend, Ausländer etc.)

3.2.3. Politische Ziele und Leistungen

Das Therapiezentrum Im Schache wird infolge hoher Nachfrage nach Plätzen für Straftäter mit psychischer Störung während Jahren voll ausgelastet sein. Die Belegung der Strafanstalt Schöngrün wird wie bisher Schwankungen unterliegen, wobei tendenziell aufgrund der Änderungen im Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches per 1.1.2007 in den nächsten Jahren ein leichtes Sinken des Auslastungsgrades erwartet wird.

Die geplante Einführung des biometrischen Passes bedeutet einen Quantensprung bezüglich Sicherheit im Ausweiswesen.

Die Übernahme des EU- Rechts erhöht den Prüfrhythmus für bestimmte Fahrzeugkategorien (z.B. bei Lastwagen).

Die Anforderungen an die Polizeiarbeit nehmen infolge gesellschaftlicher und (straf)-rechtlicher Entwicklungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu. Neue strafprozessuale Bestimmungen, der Opferhilfebereich und neue Zuständigkeiten bei Gewalt im sozialen Nahbereich erfordern Rechtskenntnisse und eine hohe Sozialkompetenz sowie Professionalität, um jeweils vor Ort die verhältnismässigen Massnahmen zu treffen. Die Verhärtung der politischen Fronten und die Emotionalisierung der Medien beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl und senken die eigenen Toleranzgrenzen. Gesellschaftliche und sportliche Anlässe wie 1. Mai, Dorffeste, Fussball- und Eishockeyspiele und spontane Auseinandersetzungen unter verschiedenen Gruppierungen erfordern vermehrte Polizeipräsenz. Dies erlaubt der Polizei, rasch zu intervenieren und Ausschreitungen zu verhindern, beziehungsweise zu beenden. Für die angemessene Erfüllung des Sicherheitsbedürfnisses der heutigen Gesellschaft sorgt die personalintensive Polizeiphilosophie von community policing. Unter die bürgernahe Polizeiarbeit fällt der Kontakt mit Schulen, Gemeindebehörden, Veranstaltern, Asylzentren und der Bevölkerung. Er wirkt vorbeugend und vermittelt lokale Sicherheit.

Der sicherheitspolitische Bereich wird geprägt durch eine Häufung von natur-, technisch-, zivilisations- oder terroristischbedingten Ereignissen (Stürme, Hochwasser, Trockenheit, Vogelgrippe usw.). Durch spezifische Einsatzplanungen und entsprechender Ausbildung sowie der Bereitstellung von Mitteln soll eine hohe Einsatzbereitschaft sichergestellt werden.

Im Gerichtsbereich gilt es, die richtige Balance zwischen Schnelligkeit und Qualität zu finden. Der Bürger hat ein Recht darauf, dass seine Anliegen von den Gerichten schnell entschieden werden. Mit schnellen Entscheiden wird der Rechtsfriede gewahrt und das Vertrauen in die staatliche Autorität erhalten. Schnelligkeit darf aber nicht zulasten der Qualität gehen. Mit den Instrumenten der wirkungsorientierten Verwaltungsführung, die bei den Gerichten per 1. Januar 2008 eingeführt werden, wird es gelingen, hier die richtige Balance zu finden.

3.2.4. Massnahmen

Nr. Vorhaben		Status	Erfasst	Bemerkungen / Indikatoren IAFP 08 - 11	Soll-Termin 08	Ist-Termin
		Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet. i.A. = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen. sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.				
2.01	Umsetzung der Neuerungen im eidgenössischen Erwachsenen- und Jugendstrafrecht	erl.	05	RRB, B+E RRB 2006/260 vom 31.1.2006; KRB RG 021b/2006 vom 16.5.2006	Dez 06	Sep 06
2.02	Rasche Umsetzung der Strategie 2002: Zusammenlegung der Strafanstalt „Schöngrün“ mit Therapiezentrum „im Schache“ (PB 45, 46, 47, 48)	i.A.	05	Wettbewerb abgeschlossen, RRB B+E 1. Semester 08	Jun 08	
2.03	Schaffung der Rechtsgrundlage für polizeiliche Sicherheitsassistenten, um die polizeiliche Präsenz zu erhöhen (PB 45, 46, 47, 48) - Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei	erl.	05	KRB RG 007a/2007 vom 15.5.2007. Umsetzung mit Ausbildung und Anstellung im 2. Semester 2008.	Dez 06	Mai 07
2.04	Neues Sicherheitsfunknetz (Polycorn) für den Kanton Solothurn; Ausschreibung / Submission	i.A.	05	KRB SGB 009/2007 vom 14.3.2007. Realisierungsphase	Dez 08	
2.05	Ausbau und Institutionalisierung der Kontakte zwischen Polizei und Gemeinden, Institutionen und gesellschaftlichen Gruppierungen (Jugend, Ausländer etc.) (PB 45, 46, 47, 48) - Schulung der polizeilichen Kontaktbeamten	erl.	05	Schulung erfolgt	Dez 06	Okt 06
2.06	Regelung betreffend Vermummungsverbot bei Demonstrationen - Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei	erl.	05	KRB RG 007b/2007 vom 15.5.2007.	Dez 06	Mai 07
2.07	Regelung betreffend Wegweisungsartikel - Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei	erl.	05	KRB RG 007a/2007 vom 15.5.2007.	Dez 06	Mai 07
2.08	Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den städtischen und dem kantonalen Polizeikorps (PB 49) - Grundlagen der Zusammenarbeit überprüfen unter Beizug externer Experten	i.A.	05	Auftrag zur Überprüfung der kt. Sicherheitsstruktur an Experten erteilt	Dez 06	
2.09	Bildung von regionalen Führungsstäben (RFS) Einsatzbereitschaft der regionalen Führungsstäbe	i.A.	05	abgeschlossen sichergestellt	Dez 07 2010	
2.10	Ausbildung der Führungsstäbe - 5 RFS p.a. ausbilden - Übung KFS: KKW Notfallübung Leitung Bund	i.A.	06	durchgeführt 5 RFS p.a. ausgebildet	Dez 07 2009	
2.11	Einführung der Instrumente der wirkungsorientierten Verwaltung für die Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaft).	erl.	06		Dez. 06	Dez 06

3.2.5. Finanzen (in Mio. Franken)

Total Erfolgsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Saldi Globalbudget	62.5	72.1	85.0	88.8	89.1	91.1
Aufwand	131.5	143.5	156.8	159.6	159.8	161.9
Ertrag	-69.0	-71.4	-71.8	-70.8	-70.8	-70.8
Saldo Finanzielle Grössen	-1.5	-0.1	8.8	9.2	9.2	9.2
Aufwand	10.1	5.2	14.2	14.6	14.6	14.6
Ertrag	-11.5	-5.3	-5.4	-5.4	-5.4	-5.4
Saldo total	61.1	72.0	93.8	98.1	98.3	100.3

Bemerkungen

Die Nettoaufwandsteigerung von gut 39 Mio. Franken zwischen Re 2006 und FP 2011 ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

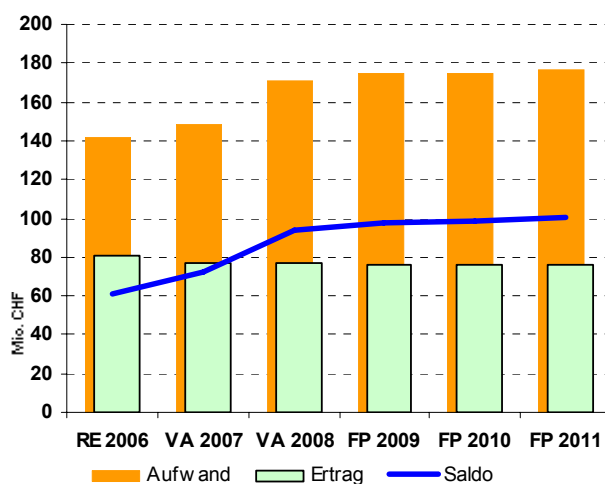
Der Massnahmenvollzug wird wegen des per 1.1.2008 in Kraft tretenden Sozialgesetzes neu vom Kanton getragen anstatt von den Gemeinden (+ 15 Mio. Franken).

Höhere Aufwände bei der Polizei (+ 12,6 Mio. Franken aufgrund Erhöhung Korpsbestand inkl. Jugendpolizei, Polizeischule Hitzkirch, Informationsaufwendungen AIO, Betriebskosten Polycom, Personalteuerung etc.).

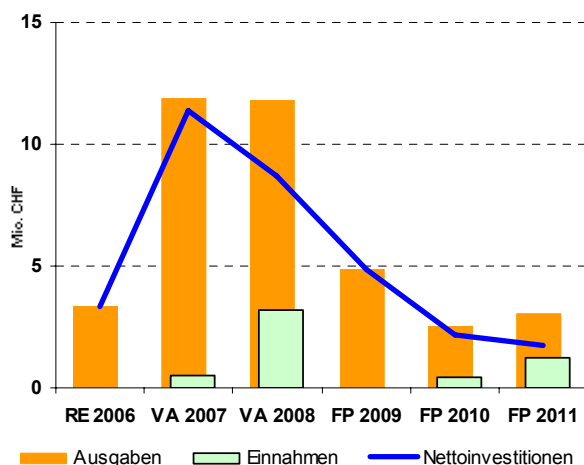
Weniger Einnahmen wegen tieferer Belegungen in der Justizvollzugsanstalt und den UG's (+2 Mio. Franken).

Weniger Einnahmen bei den Passgebühren und im Lotteriewesen (+1,5 Mio. Franken).

Höhere Personalaufwände bei den Gerichten (+1 Mio. Franken).



Total Investitionsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Nettoinvestitionen alle	3.3	11.4	8.7	4.9	2.1	1.8
Ausgaben	3.3	11.9	11.8	4.9	2.6	3.0
Einnahmen		-0.5	-3.2		-0.4	-1.3
Einzelne Nettoinvestitionen						
Bauten Motorfahrzeugkontr.(FG)	0.3				0.1	0.2
Justizvollzug (FG)	0.4	0.5	0.3	0.3	0.3	0.3
Polizeiwesen (FG)	2.6	10.8	8.4	4.6	1.8	1.3



Bemerkungen

Bis ins Jahr 2008 ist ein deutlicher Anstieg der Nettoinvestitionen zu verzeichnen. Der Anstieg ist auf Investitionen im Polizeibereich, insbesondere auf das Projekt „Neues Sicherheitsfunknetz Polycom“ zurückzuführen.

3.3. Bildung

3.3.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Die Bildung soll sich in einem wandelnden Umfeld nach den Fähigkeiten und Neigungen der einzelnen Schülerin bzw. des einzelnen Schülers und den Ansprüchen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat richten. Volksschule, Mittel- und Berufsschulen sollen den gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnissen folgen und entsprechend weiter entwickelt werden. Das Bildungsangebot soll möglichst landesweit harmonisiert und qualitativ weiter entwickelt werden. Die Chancengleichheit während der Ausbildung soll gewahrt bleiben. Das Bildungsangebot soll allen Jugendlichen einen Abschluss ermöglichen, der sie für das Berufsleben oder für weitergehende Schulbildungen qualifiziert. Der Übergang Schule/Berufswelt soll weiter verbessert werden.

Der Kanton bietet eine Vielzahl von Bildungsangeboten an. Vollumfänglich in der kantonalen Zuständigkeit sind die Angebote der Sekundarstufe II. Kindergarten, Volksschule und Musikschulen sind kommunale Aufgaben, welche vom Kanton massgeblich subventioniert werden.

3.3.2. Vorgaben Legislaturplan

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
2.	Bildungsangebot optimieren	
2.1	Ein leistungsfähiges, effizientes Bildungswesen und eine dazu kohärente Familien- und Jugendpolitik;	- Optimale Integration, speziell der Migrationsfamilien und Kinder mit besonderen Bildungsbedürfnissen; - Ausbau schulergänzender Betreuungsformen zusammen mit Gemeinden, Wirtschaft und Privaten;
2.2	Eine im nationalen und internationalen Vergleich hohe Qualität der Bildung an den Schulen des Kantons Solothurn und Förderung der Qualitätssentwicklung anhand objektiver Verfahren, die Bildungsprozesse beschreib- und messbar machen (Qualitätsmanagement);	- Konzept zum Qualitätsmanagement (QM) für den Bildungsbereich im Kanton Solothurn erstellen; - Umsetzung des QM auf allen Schulstufen nach den Rahmenbedingungen des QM-Konzeptes;
2.3	Bildungsangebot mit den übrigen Kantonen und in Zusammenarbeit mit der EDK/NWEDK harmonisieren.	- Fremdsprachenkonzept verabschieden und Umsetzung einleiten; - Reform der Sekundarstufe I dem Kantonsrat vorlegen; - Staatsvertrag Fachhochschule NWCH /AG, BL, BS und SO) abschliessen, gemeinsame Leistungsvereinbarung 2006-2008 genehmigen und Lehrpersonen aus- und -weiterbildung innerhalb der neuen Fachhochschule NWCH sichern.

3.3.3. Politische Ziele, Leistungen und Veränderungen zum Vorjahr

Die im IAFP 07-10 beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 08-11.

Veränderte Bedürfnisse der Gesellschaft (zunehmende Mobilität der Bevölkerung, wachsender Anteil Fremdsprachiger, veränderte Familienstrukturen) erfordern diverse Anpassungen im Schulbereich. Dazu zählen insbesondere:

- landesweite Harmonisierung der Schulstrukturen und Bildungsinhalte,
- Optimierung des Angebotes an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten,
- weitere Verbesserung des Übergangs Schule/Berufswelt.

Diese notwendigen Anpassungsmassnahmen sind mitunter verantwortlich für den steigenden Kostenbedarf im Aufgabenbereich der Bildung.

3.3.4. Massnahmen

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet. i.A = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen. sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.					
Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Bemerkungen / Indikatoren IAFP 08 - 11	Soll-Termin 08	Ist-Termin
3.01 Umbau und Sanierung Pädagogische Hochschule Solothurn (Grundlage: SGB 046/2003)	i.A.	05	Klassentrakt sowie Spezialtrakt bis 08	Dez 09	
3.02 Einführung geleitete Schulen ab 1.8.2006 gem. Volksabstimmung vom 24. April 2005; Uebergangslösung bis Zieltermin 2010; es bedarf einer Gesetzesanpassung	i.A.	05	Sämtliche Schulen haben professionelle Schulleitungen	Dez 10	
3.03 Ausbau schulergänzender Betreuungsformen zusammen mit Gemeinden, Wirtschaft und Privaten; ab 1.8.2007 sollen flächendeckende Blockzeiten eingeführt sein. Das Vorhaben darf dem Kanton keine Kosten verursachen; es bedarf einer Gesetzesanpassung	i.A.	05	4-Lektionen-Blockzeiten sind eingeführt; 100 % ab Schuljahr 2007/2008 an allen Volksschulen und Kindergärten B+E	Dez 07	
3.04 Neues Berufsbildungsgesetz (Bundesgesetz vom 13.12.2002):Umsetzung BBG im Kanton Solothurn mit der Einführung aller geänderten Bildungsverordnungen und der Anpassung an die kantonalen Gesetze und Verordnungen	i.A.	05	Das Gesetz und die Verordnung sind in Kraft B+E	Dez 08	
3.05 Umsetzung des Mittelschulgesetzes (KRB Nr. RG 073/2005 vom 29.6.2005) mit Neuordnung der Mitfinanzierung des gymnasialen Unterrichts während der obligatorischen Schulzeit durch die Gemeinden	erl.	05	Gesetz und Verordnung sind in Kraft	Dez 06	Dez 06
3.06 Aufbau der Fachmittelschule (KRB Nr. RG 162/2003 vom 17.12.2003): Einführung der FMS (ab 2004); interkantonale Anerkennung der Abschlüsse	erl.	05	die Abschlüsse sind durch die EDK anerkannt	Dez 07	Apr 07
3.07 Sanierung Kantonsschule Olten	i.A.	05	RRB / B+E bis 08	Dez 15	
3.08 Als Folge der NFA fallen ab 2008 die IV-Beiträge im Umfang von rund 40 Mio. Franken weg. Das DBK hat für die Heilpädagogischen Sonderschulen ein Neukonzept erarbeitet, das derzeit in Vernehmlassung ist; mit schrittweiser Umsetzung 2006 bis 2009 und Einführung 2009.	i.A.	05	Das Konzept ist verabschiedet und die Umsetzung ist angelaufen.	Dez 07	
3.09 Als Folge der NFA leistet der Bund ab 2008 keine Bundessubventionen an Stipendien auf der Sekundarstufe II, der Kanton muss hier Konzepte entwickeln	i.A.	05	Das Konzept ist verabschiedet und die Umsetzung ist angelaufen	Dez 07	
3.10 Anstellungsbedingungen Lehrpersonen (Tertiärisierung, Basisstufe): Die neue Lehrkräfteausbildung an der Pädagog. Hochschule wirkt sich auf Lehrberechtigungen aus und führt zu einer Ueberprüfung der Besoldungen	i.A.	05	Rechtsgrundlagen sind angepasst B+E	Dez 10	
3.11 Lehrstellenmarketing: Bis Ende 2008 sollte im Kanton Solothurn bei möglichst vielen Berufen eine Attestausbildung angeboten werden. Finanzbedarf keiner, da Ablösung von Anlehen. Personelle Ressourcen; Leiter Lehrstellenmarketing ca 30 %.	i.A.	05	Bei möglichst vielen Berufen ist eine Attestausbildung möglich	Dez 08	
3.12 Einführung von Qualitätsmanagement an Volksschule, Mittel- und Berufsschulen: Bis Ende Dezember 2008 sollte das Vorhaben zu 100 % umgesetzt sein. Finanzbedarf rund 0.5 Mio. Fr. Umsetzung des QM auf allen Schulstufen nach den Rahmenbedingungen des QM-Konzeptes	i.A.	05	An Berufs- und Mittelschulen sind mit den PQ-LEBO-Konzepten zentrale Elemente des QM installiert. Ein QM-Rahmenkonzept für die Volksschule ist entwickelt. Ende 2007 sind ca. 60 Volksschulen geleitet.	Dez 08	
3.13 Einführung der Sekundarstufe I Reform und Anpassung der Gesetzgebung zur Volks- und Mittelschule	i.A.	05	Mit Volksabstimmung vom 26.11.2006 hat das Volk der Reform zugestimmt. Die Projektorganisation zur Umsetzung dieser Reform ist installiert.	Dez 13	
3.14 Aufbau der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW: Umsetzung des Staatsvertrages der Kantone AG, BL, BS und SO. Vollzug der Fusion der bestehenden FH-Einrichtungen (u.a. FHSO, PHSO) auf Beginn 2006, Weiterentwicklung der FHNW gemäss Leistungsauftrag	erl.	05	Fusion per 1.1.06 vollzogen	Dez 05	Dez 05
3.15 Räumliche Erweiterung Fachhochschule Olten gemäss Ausbaugarantie FHNW-Kantone	i.A.	05	B+E Juni 08	Dez 11	
3.16 Französisch Einführung 3. Primarschulklasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte Finanzbedarf ca. 2.25 und Mehrlektionen nach Einführung 11.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.7 Mio.	i.A.	05	Die Lehrkräfte sind ausgebildet und Französisch ab 3. Primarschulklasse ist eingeführt B+E	Dez 14	

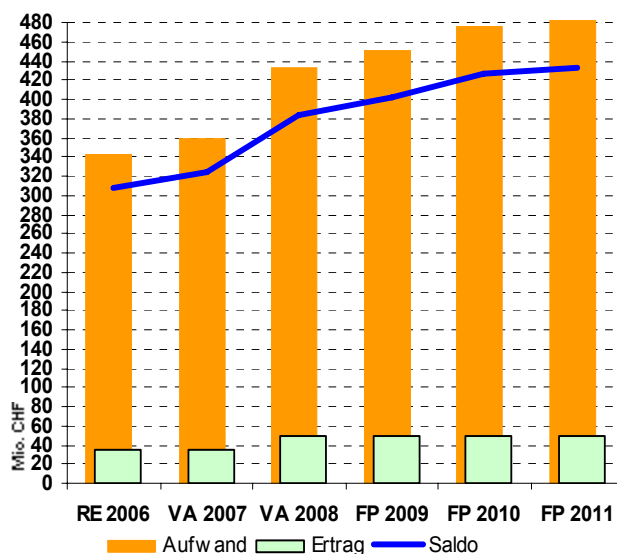
Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet. i.A = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen. sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.		Status	Erfasst	Bemerkungen / Indikatoren IAFP 08 - 11	Soll-Termin 08	Ist-Termin
Nr. Vorhaben						
3.17 Englisch 5./6. Klasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte ca. 2.25 Mio. Fr.; Mehrlektionen nach Einführung 6.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.4 Mio. Fr.		i.A.	05	Die Lehrkräfte sind ausgebildet und Englisch ab 5. Primarschulklasse ist eingeführt B+E	Dez 14	
3.18 Entwicklung Schuleingangsstufe für 4-8jährige (Projekt EDK)		i.A.	05	Konzept liegt vor und weiteres Vorgehen ist genehmigt B+E	Dez 10	
3.19 HarmoS: EDK-Bildungsstandards (2.,6.,9. Klasse). Konkordatsbeitritt ab 2008. Leistungsvergleiche der Schulen Beteiligung am Deutschschweizer Lehrplan für die Volksschule.		i.A.	05		Dez 12	
Bemerkungen: Konkordatsbeitritt. Die Bildungsstandards werden angewendet B+E Vgl. auch Planungsbeschluss Nr. 9 Kantonsrat (SGB 118/2005) "Abklärungen bezüglich Leistungsbewertung und dem Selektionsmodus im Primarschulbereich und gegebenenfalls Einführung von Schulnoten ab der 2. Klasse"						
3.20 Case Management Berufsbildung / Prävention von Jugendarbeitslosigkeit		i.A.	07	B+E; kantonales Gesamtkonzept ist durch das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie genehmigt	Dez 08	
3.21 Wiedereinführen Lehrlingsturnen im BBZ Solothurn-Grenchen		i.A.	07		Dez 11	
Bemerkungen: Das Lehrlingsturnen für das 1. und 2. Lehrjahr wird einlaufend ab dem Schuljahr 2007/08 eingeführt. Die Realisierung der Turnhallenbauten auf die Jahre 2012/2013 ist durch das Hochbauamt an die Hand zu nehmen und die Investitionspriorisierung ist von bisher B auf A zu setzen.						
3.22 Reform der Maturitätsausbildung		i.A.	07	Aufgrund der Vorgaben von Bund und EDK vom Juni 2007 sind die Maturitätslehrgänge anzupassen.	Jul 08	
3.23 Einführung Fachmaturität		i.A.	07	Ergänzend zum FMS-Abschluss ist der Erwerb der Fachmaturität zu ermöglichen.	Jul 08	
3.24 Einführung bilinguale Maturität		i.A.	07	Zweisprachige Maturität nach den EDK-Vorgaben an den Kantonsschulen ermöglichen.	Aug 09	
3.25 Bildungsraum Nordwestschweiz: mit den Partnerkantonen AG, BL, BS werden nationale und regionale Projekte gemeinsam umgesetzt; B+E		i.A.	07	B+E, Staatsvertrag	Dez 08	

3.3.5. Finanzen (in Mio. Franken)

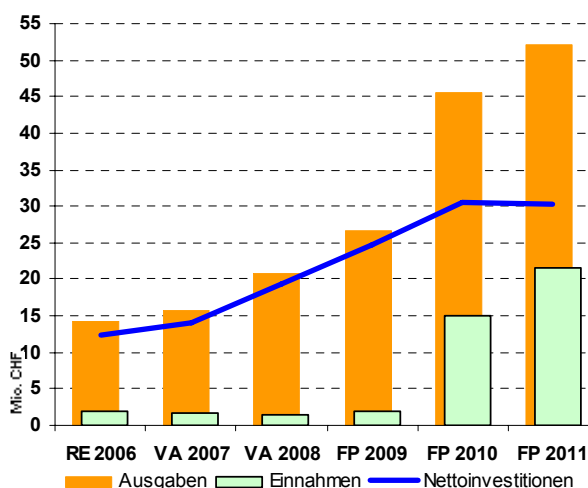
Total Erfolgsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Saldi Globalbudget	127.9	130.1	139.4	146.4	149.5	151.3
Aufwand	156.6	161.9	172.8	179.0	182.0	183.9
Ertrag	-28.7	-31.8	-33.5	-32.5	-32.6	-32.6
Saldo Finanzielle Grössen	180.0	193.5	245.0	255.5	277.0	281.5
Aufwand	186.4	196.7	260.8	271.3	292.8	297.3
Ertrag	-6.4	-3.2	-15.8	-15.8	-15.8	-15.8
Saldo total	307.9	323.6	384.4	401.9	426.5	432.8

Bemerkungen

In der Erfolgsrechnung besonders auffällig ist der Anstieg im Jahr 2008. Dieser Anstieg ist grösstenteils bedingt (+43.9 Mio.Fr.) durch die Mehrausgaben des Kantons im Bereich der Sonderschulpädagogik / Sonderschulheime. Mit dem Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung Bund - Kantone (NFA) wird aus der bisherigen Verbundaufgabe eine rein kantonale Aufgabe. Der Kanton übernimmt damit auch die bisher von der IV geleisteten Beiträge, was zu einem Ausgabenwachstum führt. Die Umsetzung von nationalen Bildungsprojekten (HarmoS) sowie die Verpflichtung, Beiträge an die berufliche Weiterbildung zu leisten, werden in den nächsten Jahren zu einem vermehrten Mittelbedarf führen.



Total Investitionsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Nettoinvestitionen alle	12.4	14.0	19.3	24.7	30.6	30.4
Ausgaben	14.2	15.7	20.9	26.7	45.5	52.0
Einnahmen	-1.9	-1.7	-1.6	-2.0	-15.0	-21.6
Einzelne Nettoinvestitionen						
Bildungsbauten, HBA (GB)	11.5	13.1	18.4	23.8	29.7	29.5
Stipendien (FG)	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Kantonale Schulen (FG)	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6



Bemerkungen

In der Investitionsrechnung ist ab Voranschlag 2007 mit einem Wachstum der Nettoinvestitionen zu rechnen (räumliche Erweiterung Fachhochschule Olten, Sanierung Kantonsschule Olten und der Pädagogischen Hochschule Solothurn).

3.4. Kultur und Freizeit

3.4.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Mit dem Aufgabenbereich Kultur wird die kulturelle Vielfalt im Kanton projektorientiert gefördert. Unsere Aktivitäten im Bereich Jugend und Sport unterstützen eine gesunde Freizeitaktivität der solothurnischen Jugend. In diesen Aufgabenbereich fallen auch die Kontakte zu den staatlich anerkannten Landeskirchen, welche mit Staatsmitteln gefördert werden.

Folgende Institutionen / Dienststellen sind mit dem Vollzug dieser Aufgaben betraut:

- Kulturelle Institutionen: Museum Altes Zeughaus, Schloss Waldegg, Stiftung Zentralbibliothek, Stiftung Wartenfels;
- Dienststellen: BJD: Amt für Denkmalpflege und Archäologie, DBK: Amt für Kultur und Sport, Departementssekretariat DBK(Kirchenwesen), DdI: Abteilung Lotterie- und Sport-Toto-Fonds.

3.4.2. Vorgaben Legislaturplan

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
2.	Kultur und Sport fördern	
2.4	Förderung des Kulturangebotes und des Breitensports;	- Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus zum kulturhistorischen Museum des Kantons umgestalten; - Projektorientierte Förderung des kulturellen Lebens und des Breitensportes sicherstellen;
5.	Zusammenarbeit intensivieren	
5.3	Zentralbibliothek Solothurn als Stadt-, Regional- und Kantonsbibliothek erhalten;	- Erneuerung des Zusammenarbeits- und Beitragsvertrages.

3.4.3. Politische Ziele, Leistungen und Veränderungen zum Vorjahr

Die im IAFP 07-10 beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 08-11. Der hohe Stellenwert des Breitensportes und der Bewegungsförderung ist anerkannt. Er wird immer wichtiger, denn es ist medizinisch erwiesen, dass die Bewegung eine primäre Bedeutung für die Gesunderhaltung der Bevölkerung besitzt. Der Kantonsrat hat mit Planungsbeschluss vom 14. Dezember 2005 für den Legislaturplan 2005-2009 dieses Anliegen thematisiert. Mit Beschluss KRB SGB 059/2007 wurde der Leistungsauftrag „Kultur und Sport“ erweitert und es wurden zusätzliche Mittel gesprochen. Zusätzlich wollen wir deshalb den Breitensport verstärkt fördern und suchen die aktive Zusammenarbeit mit den Sportverbänden und anderen Organisationen im Rahmen der subsidiären Projektmitfinanzierung.

Die Staatsbeiträge an 13 kulturelle Institutionen und Stiftungen sollen erhalten und angepasst werden. Insgesamt Fr. 3.5 Mio., oder ca. 75 % des Nettoaufwandes vom Amt für Kultur und Sport für 2007.

Projektorientierte Fördermittel des Kantons gehen ausschliesslich zulasten des Lotterie- und Sport-Toto-Fonds (die Zahl der Unterstützungsgesuche steigt kontinuierlich). Die qualitative Projektwertung soll gestärkt und vermehrt Schwerpunkte gesetzt werden.

Die Einwohnergemeinde Solothurn kündigte vorsorglich per Ende 2006 (erstreckt bis Ende 2008) den Vertrag vom 27.6./21.11.1995 über den Betrieb der Zentralbibliothek Solothurn zwischen Stadt und Kanton. Es laufen Verhandlungen, welche die Ausarbeitung eines neuen Verteilschlüssels zwischen der Stadt und den Regionsgemeinden zum Gegenstand haben.

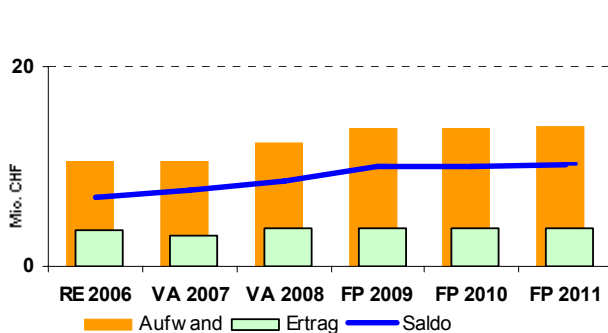
Wir wollen weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Landeskirchen und des religiösen Friedens leisten. Die gesetzlich und konkordatär vorgesehenen Staatsbeiträge an die drei Landeskirchen (insgesamt rund 0,9 Mio. Franken). Auf die im IAFP 06-09 vorgeschlagene Finanzierung über den Finanzausgleich Kirchgemeinden wurde im Kantonsrat nicht eingetreten.

3.4.4. Massnahmen

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet. i.A. = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen. sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.		Status	Erfasst	Bemerkungen / Indikatoren IAFP 08 - 11	Soll-Termin 08	Ist-Termin
Nr. Vorhaben						
4.01	Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus zum kulturhistorischen Museum des Kantons umgestalten.	i.A.	05			
	Bemerkungen: Ergänzung des Leistungsauftrages MAZ als kantonales Museumszentrum sowie Neugestaltung Erdgeschoss und Feuerleiter mit Lift; Konzeptentwurf ist erstellt, Investitionsbedarf wird abgeklärt; der KR hat dem Antrag um Erweiterung Leistungsauftrag zugestimmt SGB 059/2007 4.7.2007				Dez 08	
4.02	Projektorientierte Förderung des kulturellen Lebens und des Breitensportes sicherstellen.	i.A.	05		Dez 08	Jul 07
	Bemerkungen: Umsetzung Planungsbeschluss Nr. 6 Kantonsrat (SGB 118/2005) "Das kulturelle Angebot im Kanton wird ebenso wie der Breitensport talent- und projektorientiert gefördert". Stärkung des Breitensportes und Errichtung einer zentralen Kompetenzstelle für Sport im DBK; der KR hat dem Antrag zur Erweiterung Leistungsauftrag zugestimmt SGB 059/2007 4.7.2007. Kompetenzstelle wird aufgebaut.					
4.03	Geschichte des Kantons Solothurn im 19. und 20. Jahrhundert bearbeiten. Kostendach 2.3 Mio. Fr. zulasten Lotterie- und Sport-Toto-Fonds	i.A.	05	Teilband 19. Jahrhundert soll im Jahr 2009 erscheinen. Gesamtwerk wird 2014 abgeschlossen (RRB 2005/160 vom 18. Januar 2005)	Dez 09	
4.04	Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Profanbauten Stadt Solothurn (Grundlage: RRB 2001/1946) vom 25. September 2004) Finanzierung über den Lotteriefonds über fünf Jahre mit rund 950'000 Franken	erl.	05	Publikation im Jahr 2007	Dez 07	Apr 07
4.05	Publikation: Die Bauernhäuser des Kantons Solothurn Band Bucheggberg und Wasseramt	i.A.	05	Auf eine Publikation der wissenschaftliche Arbeit wird bis auf Weiteres verzichtet	Dez 08	
4.06	Religiöse Bildung: Der Kanton Solothurn wird auf Wunsch der SIKO überprüfen, wie der schulische, konfessionell neutrale Religionsunterricht neu gestaltet werden kann. Ob sich daraus eine Revision des Lehrplanes ergeben wird, ist noch offen (SIKO=Solothurnische Interkonfessionelle Konferenz)	i.A.	05	RRB	Dez 08	
4.07	Zentralbibliothek Solothurn als Stadt-, Regional- und Kantonsbibliothek erhalten; Erneuerung des Zusammenarbeits- und Beitragsvertrages (RRB)	i.A.	05	Vertragsabschluss	Dez 08	
4.08	Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des Kantons.	i.A.	06	Projektfortschritt gemäss Plan	Dez 10	

3.4.5. Finanzen (in Mio. Franken)

Total Erfolgsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Saldi Globalbudget	7.0	7.6	8.6	10.0	10.0	10.1
Aufwand	10.5	10.6	12.4	13.8	13.8	13.9
Ertrag	-3.5	-3.0	-3.8	-3.8	-3.8	-3.8



Bemerkungen

Der Anstieg ist insbesondere auf die Erweiterung des Leistungsauftrages bei der Sportfachstelle, die Anpassung der Betriebskredite der Zentralbibliothek, der Schlösser Waldegg und Wartenfels sowie die Beiträge an die Solothurner Filmtage und das Stadttheater Solothurn zurückzuführen.

3.5. Gesundheit

3.5.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Hauptaufgaben sind die qualitativ gute, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare Spitalversorgung, der Schutz vor gesundheitlicher Gefährdung durch Lebensmittel, Heilmittel, Epidemien etc. sowie die Gesundheitsförderung.

3.5.2. Vorgaben Legislaturplan

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
4.	Soziale Sicherheit und Gesundheit bedarfsgerecht gewährleisten	
4.4	Zielgruppenorientierte Gesundheitsförderung und Gesundheitsprävention verstärken;	- Umsetzungsstrategie für zielgruppenorientierte Gesundheitsförderung und -prävention erarbeiten; - Gesundheitsförderungsprojekte im Bereich Bewegung und Ernährung auf Gemeindeebene umsetzen (Schulen); - Wirksame gesetzliche Regelung der Tabak- und Alkoholprävention (insbesondere Jugendschutz und Nichtraucherschutz);
4.5	Wirtschaftlich tragbare, qualitativ gute und wettbewerbsfähige Spitalversorgung sicherstellen.	- Zusammenschluss der Solothurner Spitäler per 1. Januar 2006; - Realisierung von Synergien im Umfang von 4 Mio. Franken durch Zentralisierung der administrativen, betrieblichen und medizinisch-therapeutischen Dienste.

3.5.3. Politische Ziele, Leistungen und Veränderungen zum Vorjahr

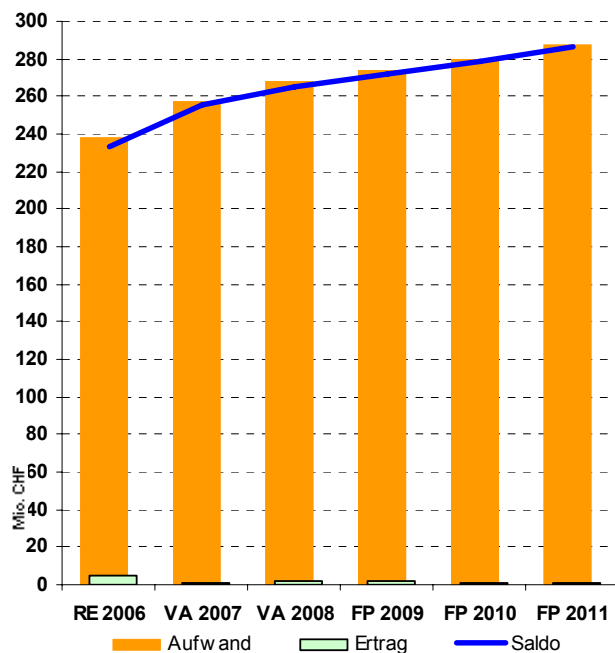
Mit der Schaffung der Solothurner Spitäler AG (soH) per 1. Januar 2006 ist das Ziel der Qualitäts- und Effizienzsteigerung in der Spitalversorgung im Kanton Solothurn verbunden. Trotzdem ist aufgrund exogener Faktoren wie medizinischer Fortschritt, Konsumentenmentalität, Altersstruktur der Bevölkerung und Inflation mit einem jährlichen Kostenwachstum zu rechnen. Gemäss heutigem Stand der KVG-Revision ist auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens mit Zusatzkosten in der Grössenordnung von 60 Mio. Franken zu rechnen.

3.5.4. Massnahmen

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet. i.A. = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen. sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.		Status	Erfasst	Bemerkungen / Indikatoren IAFP 08 - 11	Sol-Termin 08	let-Termin
Nr. Vorhaben						
5.01	Umsetzungsstrategie für zielgruppenorientierte Gesundheitsförderung und -prävention erarbeiten	erl.	05	Strategie durch DdI verabschiedet	Dez 06	Nov 06
5.02	Gesundheitsförderungsprojekte im Bereich Bewegung und Ernährung auf Gemeindeebene umsetzen (Schulen). - Projekt „fit + rank“ in weiteren Schulen des Kantons Solothurn umsetzen.	i.A.	05	in 6 Gemeinden	Dez 08	
5.03	Wirksame gesetzliche Regelung der Tabak- und Alkoholprävention (insbesondere Jugendschutz und Nichtraucherschutz) - Änderung des Gesundheitsgesetzes	erl.	05	KRB RG 068/2006 vom 30.8.2006, Volksabstimmung 26.11.2006	Dez 06	Nov 06
5.04	Zusammenschluss der Solothurner Spitäler per 1. Januar 2006	erl.	05	Solothurner Spitäler AG in Betrieb	Jan 06	Jan 06
5.05	Um- und Ausbau Kantonsspital Olten	i.A.	05	Neues Bettenhaus A bis 09	Dez 10	
5.06	Sanierung Psychiatrische Klinik Solothurn (Schlussetappe)	i.A.	05	Realisierung bis 2010	Dez 10	
5.07	Realisierung von Synergien im Umfang von 4 Mio. Franken durch Zentralisierung der administrativen, betrieblichen und medizinisch-therapeutischen Dienste (Budget 2006 um 2 Mio. Franken, ab 2007 um 4 Mio. Franken gekürzt)	i.A.	05	GB-Kredit-Tranche 2008 eingehalten	Dez 08	
5.08	Schaffung gesetzlicher Grundlage für die Gemeinden zur Einführung der Frühdefibrillation bei Herznotfällen durch die Feuerwehr (Teilrevision Gebäudeversicherungsgesetz).	erl.	05	RRB / B+E 2007/406 vom 12. März 2007	Kein Termin	Mrz 07
5.09	Sanierung Bürgerspital Solothurn	i.A.	06	Wettbewerb, RRB / B+E bis 2008	Dez 14	

3.5.5. Finanzen (in Mio. Franken)

Total Erfolgsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Saldi Globalbudget	195.8	204.4	215.4	223.9	226.4	230.4
Aufwand	196.2	204.7	215.8	224.2	226.7	230.7
Ertrag	-0.4	-0.3	-0.4	-0.3	-0.3	-0.3
Saldo Finanzielle Grössen	37.4	51.5	50.0	48.5	52.0	56.0
Aufwand	42.1	52.3	52.0	50.0	53.0	57.0
Ertrag	-4.7	-0.8	-2.0	-1.5	-1.0	-1.0
Saldo total	233.2	255.9	265.4	272.4	278.4	286.4



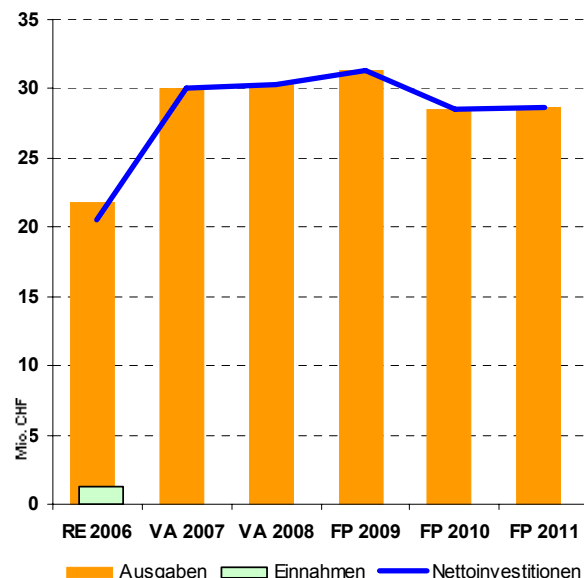
Bemerkungen

Es wird angenommen, dass die Gesundheitskosten auch in den kommenden Jahren um ca. 3-4% jährlich steigen.

Bis zum Inkrafttreten der KVG-Revision ist bei den Spitalbehandlungen gemäss KVG (Finanzgrösse) gemäss neusten Modellrechnungen mit einer tieferen Kostensteigerung zu rechnen als ursprünglich geschätzt. Nicht enthalten ist die mit der KVG-Revision verbundene Kostensteigerung von 60 Mio. Fr.

In der soH beträgt die jährliche Spitalteuerung ca. 2% (4-5 Mio. Fr.) zuzüglich der jährlich zu beschliessenden Personalteuerung. Im 2009 ist eine einmalige Erhöhung der Ausbildungsplätze eingerechnet (3 Mio. Fr.).

Total Investitionsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Nettoinvestitionen alle	20.5	30.1	30.4	31.4	28.6	28.7
Ausgaben	21.8	30.1	30.4	31.4	28.6	28.7
Einnahmen	-1.3					
Einzelne Nettoinvestitionen						
Spitalbauten HBA (GB)	20.3	29.9	30.2	31.2	28.4	28.5
Gesundheitsamt (FG)	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2



Bemerkungen

In der Investitionsrechnung sind die Bewegungen insbesondere auf den Um- und Ausbau des Kantonsspitals Olten sowie die Sanierung der Psychiatrischen Klinik Solothurn zurückzuführen (vgl. auch beschlossene Vorhaben).

3.6. Soziale Wohlfahrt

3.6.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Nach der Präambel der Kantonsverfassung (KV) gilt es, eine Gesellschaftsordnung anzustreben, die der Entfaltung und der sozialen Sicherheit des Menschen dient. Nach Art. 22 KV strebt der Kanton in Ergänzung der privaten Initiative und Verantwortung auf dem Weg der Gesetzgebung danach, dass im Rahmen seiner Zuständigkeit und der verfügbaren Mittel

- a) Menschen, die wegen ihres Alters, ihrer Gesundheit sowie ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Lage Hilfe brauchen, die für ihre Existenz notwendigen Mittel erhalten;
- b) die Familie in der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt und gefördert wird;
- c) jeder sich nach seinen Fähigkeiten und Neigungen bilden und weiterbilden sowie am Kultur-leben teilnehmen kann;
- d) jeder seinen Unterhalt durch Arbeit zu angemessenen Bedingungen bestreiten kann und gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit geschützt ist;
- e) jeder eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden kann.

Dabei geht es darum:

- a) die Eigenverantwortung zu stärken, die Selbständigkeit des Menschen zu erhalten, Armut oder soziale Notlagen zu verhindern, zu beheben oder zu mindern (Prävention)
- b) Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen zu unterstützen (Allokation)
- c) Menschen in sozialen Notlagen zu helfen oder Überlebenshilfe zu gewähren (Intervention)
- d) den Missbrauch von Leistungen nach diesem Gesetz zu verhindern und zu bekämpfen (Sanktion und Repression)
- e) soziale Aufgaben in straffen Prozessen und einfachen Strukturen zu erbringen und zu erfüllen

Die soziale Lage einer Gesellschaft wird definiert über die wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse sowie den sozialen Status von Personen und Personengruppen. Der soziale Status ist geprägt von Arbeit und Bildung, ökonomisch determiniert von Einkommens- und Vermögensverhältnissen sowie von Herkunft und Geschlecht.

Die staatliche Sozialpolitik ist daher darauf ausgerichtet, Personen und Personengruppen die Teilhabe und Teilnahme an der Gesellschaft zu sichern. Und zwar auch dann, wenn aus sozialen Risiken soziale Probleme und Beeinträchtigungen werden. Die Sozialpolitik übernimmt also die Aufgabe, soziale Risiken, die aus der autonomen Entscheidungsfindung entstehen, möglichst gering zu halten. Sie muss aber auch Problemlösungen schaffen, wenn die Teilhabe an der Gesellschaft bereits sehr eingeschränkt ist, und dadurch die selbständige Lebensführung wieder herstellen.

Wo das nicht mehr möglich ist, soll sie mit Unterstützungsmassnahmen ein menschenwürdiges Leben garantieren. Staatliche Massnahmen zur Herstellung sozialer Sicherheit umfassen also:

- a) Gesetzgebung im Sinne des Schutzes einzelner Gruppen, b) personenbezogene Leistungen (z.B. Beratungsangebote, Information, Pflege) und c) den Aufbau von Infrastrukturangeboten (z.B. Heime für Menschen mit Behinderungen) und d) finanzielle Beiträge an Personengruppen.

3.6.2. Vorgaben Legislaturplan

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
4.	Soziale Sicherheit und Gesundheit bedarfsgerecht gewährleisten	
4.1.	Soziale Aufgaben in straffen Prozessen und einfachen Strukturen erbringen und erfüllen;	- Sozialgesetz erlassen und umsetzen - Sozialplanung, insbesondere die Heimplanung 2010 umsetzen - Sozialbericht vorlegen.
4.2.	Ausgesteuerte Personen wieder in den Arbeitsprozess eingliedern.	Besondere Programme anbieten
4.3.	Stellenlose Personen mit Mehrfachproblemen in den 1. Arbeitsmarkt eingliedern	Anlaufstellen (Intake) und Case Managementstellen aufbauen

3.6.3. Politische Ziele, Leistungen und Veränderungen zum Vorjahr

Die Soziale Wohlfahrt ist im Kanton Solothurn das Aufgabengebiet, das die drittgrössten Ausgaben nach sich zieht. Unabhängig von der Höhe der Leistung ist die grösste Gruppe mit 65'000 Personen jene, die Prämienverbilligungen an die Krankenversicherung erhalten (ca. 25% der Bevölkerung), gefolgt von 24'000 resp. 9'500 Personen, die Alters- und IV-Renten beziehen (ca. 15% der Bevölkerung). 9'500 Personen beziehen Sozialhilfe und 5'900 Personen sind arbeitslos. Diese Zahlen von Ende 2006 zeigen, dass die sozialen Sicherungssysteme breiten Bevölkerungsteilen und nicht nur einer randständigen Minderheit Unterstützung bieten.

Der Kanton entwickelt seine Sozialpolitik im engeren Sinn entlang von Lebens- und Problemlagen: Kindheit und Familie, Jugend, Migration, Gleichstellung, Arbeitslosigkeit, Armut, Gesundheit-Krankheit-Sucht, Behinderung, Gewalt-Kriminalität, Alter.

Aus dem Sozialbericht ergeben sich dabei entlang der aufgeführten Lebens- und Problemlagen folgende schwergewichtigen Erkenntnisse:

- die finanzielle Situation ist für viele Familien angespannt – Haushalte mit Kindern bilden die grösste Gruppe in der Sozialhilfe
- Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie ist immer noch mit Schwierigkeiten verbunden
- Haus- und Familienarbeit: Frauen tragen nach wie vor die Hauptlast
- die Arbeitslosenquote ist bei den Jugendlichen besonders hoch
- die Integration der Ausländer/innen ist unzureichend
- die Zahl der Aussteuerungen aus der Arbeitslosenversicherung ist stark angestiegen
- Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung und Sozialhilfe sind ungenügend koordiniert
- die Sozialhilfe wird häufiger in Anspruch genommen
- die Zahl der Working Poor ist überdurchschnittlich hoch
- die berufliche Integration von Menschen mit einer Behinderung in den primären Arbeitsmarkt ist schwieriger
- Prävention und Sicherstellung der Pflege sind wichtige Herausforderungen im Alter

Aufgrund dieser Feststellungen ist eine bedarfsgerechte Bereitstellung der Versorgungsinfrastruktur zwischen Kleinräumigkeit und heutigen Anforderungen eine grosse Herausforderung (Bildung von Sozialregionen, Vereinfachung von Verteilschlüsseln Kanton- Einwohnergemeinden).

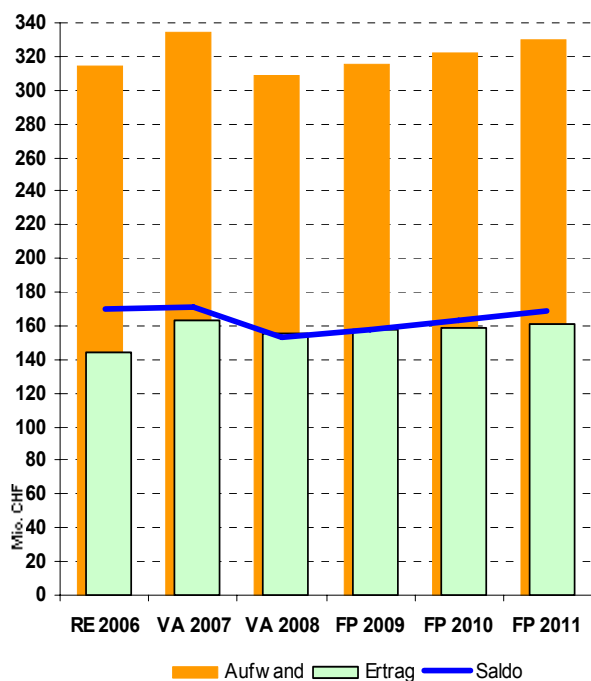
3.6.4. Massnahmen

Nr. Vorhaben		Status	Erfasst	Bemerkungen / Indikatoren IAFP 08 - 11	Soll-Termin 08	Ist-Termin
Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet. i.A. = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen. sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.						
6.01	Gesundheitsförderung im Alter (so!pra) - Umsetzungskonzept erarbeiten	erl.	05	RRB 2006/1664 vom 12.9.2006	Dez 06	Sep 06
6.02	Suchtprävention - Konzept erarbeiten	i.A.	05	RRB Leitbild liegt vor	Dez 07	
6.03	Modifiziertes Prämienverbilligungsmodell KVG (Kinder und Jugendliche) (Botschaft und Entwurf)	erl.	05	KRB SGB 125/2006 vom 5.12.2006	Dez 06	Dez 06
6.04	Unterstützung wirtschaftlich schwacher Familien (PB 23); Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (PB 23) - Bericht Auswirkungen im Kanton Solothurn erarbeiten	i.A.	05	B+E liegt vor	Dez 08	
6.05	Sozialplanung umsetzen	i.A.	05	Massnahmenplan liegt vor	Dez 08	
6.06	Heimplanung 2010	erl.	05	neu: Heimplanung 2012 KRB SGB 069/2006 vom 30.8.2006	Dez 06	Aug 06
6.07	Bekämpfung Gewalt, insbesondere Jugendgewalt	i.A.	05	RRB Umsetzungskonzept; Kampagne gestartet, Projekte werden schrittweise umgesetzt	Dez 07	
6.08	Integration von ausländischen Staatsangehörigen verstärken	i.A.	05	RRB Schlussbericht liegt vor	Dez 08	

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet. i.A. = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen. sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.					
Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Bemerkungen / Indikatoren IAFP 08 - 11	Soll-Termin 08	Ist-Termin
6.09 Die kantonalen Behindertendienste (KBDS) - Wohnheim und Beschäftigungsstätte Wysssester bis 2008 verselbständigen	i.A.	05	Projekt umgesetzt	Dez 07	
6.10 Integration von Menschen mit Behinderungen angehen (vgl. bestehendes Leitbild, RRB 2004/1897 vom 14. September 2004)	i.A.	05	Konzept muss in Zusammenhang mit den Auswirkungen der 5. IV-Revision überprüft werden	Dez 08	
6.11 Solo-pro-Arbeitsplätze für ausgesteuerte erwerbslose Personen und Gemeindearbeitsplätze (Sozialhilfe und Gegenleistung) situativ anbieten (RRB 2005/1436 vom 4. Juli 2005)	erl.	05	Wurde für 2007 um ein weiteres Jahr verlängert (RRB 2006/2138 vom 28.11.2006 gestützt auf einen departementalen, provisorischen Evaluationsbericht vom 17.10.2006).	Dez 06	Nov 06
6.12 Verschiedene Vorhaben - insbesondere auch struktureller Art - im Rahmen des Sozialgesetzes- festlegen (Verteilschlüssel soziale Sicherheit Kanton- Einwohnergemeinden vereinfachen, Sozialregionen bilden)	erl.	05	Aus Sicht des Regierungsrates erledigt (B+E 2005/1617 vom 12.7.2005). Letzte Stellungnahme des Regierungsrates zu den Anträgen der Redaktionskommission mit RRB 2006/2237 vom 12.12.2006.	Dez 06	Jul 05
6.13 Familienpolitik koordinieren, Modelle zur Familienförderung prüfen (Familienbeihilfen, familienergänzende Betreuungsplätze)	i.A.	05	RRB Leitbild liegt vor; neue Pflegekinderkonzeption liegt vor (Tages- und Familienpflege, Kindertagesstätten, Kinderheime)	Dez 08	
6.14 Freiwilligenarbeit fördern durch Vergabe eines Sozialpreises, einschliesslich Auszeichnungspreisen aus Mitteln des Lotteriefonds	erl.	05	RRB 2006/491 vom 7.3.2006	Dez 06	Mrz 06
6.15 Pflegeversorgung (Übergangspflege, Spitex, Angehörigenpflege) koordinieren	i.A.	05	Massnahmen prüfen	Dez 08	
6.16 Sozialgesetz erlassen	erl.	05	Sozialgesetz: KRB RG 119/2005 vom 31. Januar 2007	Dez 06	Jan 07
6.17 Gesetzgebung NFA Bund-Kantone Bereich soziale Sicherheit ausarbeiten	erl.	05	Sozialgesetz: KRB RG 119/2005 vom 31. Januar 2007	Dez 10	Jan 07
6.18 Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen: Konzept Werkklassen ausarbeiten	i.A.	05	Konzept, RRB	Kein Termin	
6.19 Stellenlose Personen mit Mehrfachproblemen in den 1. Arbeitsmarkt eingliedern: Anlaufstellen (Intake) und Case Managementsstellen aufbauen. Wird durch die IV-Stelle bearbeitet.	erl.	05	RRB 2005/2589 vom 12. Dez 2005 und RRB 2005/2717 vom 20. Dez. 2005	Dez 06	Jun 07

3.6.5. Finanzen (in Mio. Franken)

Total Erfolgsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Saldi Globalbudget	4.8	5.2	7.9	7.9	7.9	8.5
Aufwand	6.3	6.7	8.1	8.1	8.1	8.7
Ertrag	-1.4	-1.5	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Saldo Finanzielle Grössen	164.8	165.8	145.3	150.2	155.0	159.9
Aufwand	307.5	328.0	300.7	307.3	314.1	321.0
Ertrag	-142.8	-162.2	-155.4	-157.1	-159.1	-161.1
Saldo total	169.6	171.1	153.2	158.1	162.9	168.4



Bemerkungen

Obwohl die Aufgaben im Bereich der „Sozialen Sicherheit“ zunehmend komplexer, vielfältiger werden und immer breitere Bevölkerungsschichten umfassen, weist die Graphik im 2008 einen Kostenknick auf. Der Grund ist der, dass mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung Bund - Kantone (NFA), welcher 2008 in Kraft tritt, der Bund die individuellen IV- und AHV-Leistungen vollumfänglich übernimmt (Entlastung: rund 86.0 Mio. Fr. / Schätzung). Auf der anderen Seite verursacht die NFA im Bereich „Soziale Sicherheit“ auch Mehrkosten: Die bisher von der IV geleisteten Beiträge an den Bau und den Betrieb von Heimen gehen ab Inkrafttreten der NFA zu Lasten des Kantons (Mehrkosten: rund 56.0 Mio. Fr. / Schätzung).

Zudem wird auch bei der Prämienverbilligung eine Verschiebung zu Lasten des Kantons vorgenommen (Mehrkosten: + 18.0 Mio. Fr. / Schätzung). Netto wird mit einer NFA-bedingten Entlastung des Bereichs „Soziale Sicherheit“ in der Grössenordnung von rund 12 Mio. Franken gerechnet.

Im 2008 tritt das Sozialgesetz (SozG) in Kraft. Damit wird die vor 10 Jahren eingeleitete Aufgabenteilung zwischen Kanton und Einwohnergemeinden nach dem Gesetz über die Aufgabenreform "soziale Sicherheit" (GASS) abgeschlossen. Mit dem in Kraft treten der NFA wirkt sich auch die Aufgabenentflechtung und Neuzuteilung von Aufgaben auf die Kostenstruktur aus.

3.7. Verkehr

3.7.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Der Kanton Solothurn sorgt für eine optimierte Verkehrsinfrastruktur, welche die Wohn- und Standortattraktivität erhöht. Dazu gehören die Planung und der Unterhalt des Kantonsstrassennetzes genauso wie die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Er arbeitet dabei eng mit den angrenzenden Kantonen zusammen, um eine optimale Koordination der grenzüberschreitenden Bewegungen für seine Einwohnerinnen und Einwohner zu erzielen.

3.7.2. Vorgaben Legislaturplan

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
3.	Wirtschafts- und Arbeitsort stärken	
3.1.	Verkehrerschliessung optimieren;	
3.1.1	Städte vom Verkehr entlasten.	- Entlastungsprojekt Solothurn vollenden und in Olten mit Bau beginnen; - Öffentlicher Verkehr gezielt ausbauen und optimieren.

3.7.3. Politische Ziele, Leistungen und Veränderungen zum Vorjahr

Neue Mobilitätsbedürfnisse müssen durch nachhaltige, aufeinander abgestimmte Massnahmen befriedigt werden.

Die Gesamtverkehrsprojekte in Solothurn und Olten prägen den finanziellen Teil des Aufgabenbereichs Verkehr massgebend. Die Steigerung der Ausgaben in der Investitionsrechnung verursacht erhöhte Abschreibungen in der Erfolgsrechnung.

Die in den 60iger und 70iger Jahren (aus)gebauten Strassen werden durch die intensive Nutzung stark belastet. Nur mit gesteigerten Investitionen in die Werterhaltung kann der Nutzwert der Infrastruktur erhalten bleiben.

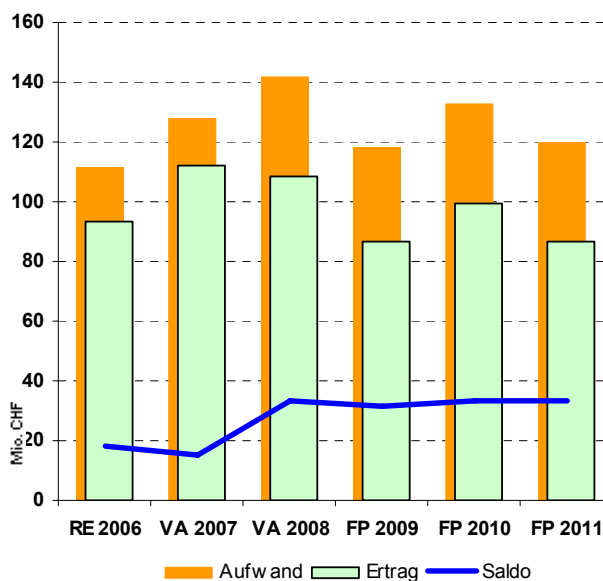
Gegenüber der Planung im Vorjahr ergeben sich keine wesentlichen Änderungen.

3.7.4. Massnahmen

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet. i.A. = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen. sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.		Status	Erfasst	Bemerkungen / Indikatoren IAFP 08 - 11	Soll-Termin 08	Ist-Termin
Nr.	Vorhaben					
7.01	Vollendung der Entlastung Solothurn West im Jahr 2008 (Grundlage: SGB 131/2001 sowie Volksabstimmung vom 2. Juni 2002, Kreditbeschluss SGB 087/2005)	i.A.	05	Projektfortschritt gemäss Plan, Vollendung 8.8.08	Aug 08	
7.02	Inangriffnahme der Bauarbeiten der Entlastung Region Olten, Baubeginn 2008, (Grundlage: SGB 131/2001 sowie Volksabstimmung vom 2. Juni 2002)	i.A.	05	Projektfortschritt gemäss Plan, Baubeginn voraussichtlich 2008, jedoch in Abhängigkeit von der Genehmigung des Erschliessungsplanes	Dez 08 (Baubeginn)	
7.03	Realisierung der flankierenden Massnahmen zur Nationalstrasse A5 auf dem Kantonsstrassennetz (insb. Bahnhofplatz Solothurn) (Grundlage Genehmigung UVEK vom 28. März 2001)	i.A.	05	Projektfortschritt gemäss Plan Realisierung 2008	Dez 08	
7.04	Gründung einer Nationalstrassenunterhaltsgesellschaft zusammen mit den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt mit der Inkraftsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen im Jahr 2008.	erl.	05	Kantonale Gesetzgebung verabschiedet. Gründung per 1.1.2008	Dez 07	Dez. 07
7.05	Revision des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (Anpassungen an NFA sowie ev. Bahnreform 2), Botschaft und Entwurf	erl.	05		Dez 06	Jun 07

3.7.5. Finanzen (in Mio Franken)

Total Erfolgsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Saldi Globalbudget	15.6	17.4	29.0	27.2	29.0	29.2
Aufwand	30.3	32.8	43.9	44.8	48.2	48.7
Ertrag	-14.8	-15.4	-14.8	-17.6	-19.2	-19.5
Saldo Finanzielle Grössen	2.4	-2.0	4.2	4.4	4.4	4.3
Aufwand	81.0	95.1	98.1	73.3	84.5	71.6
Ertrag	-78.6	-97.1	-93.9	-69.0	-80.1	-67.3
Saldo total	18.0	15.4	33.3	31.6	33.3	33.5

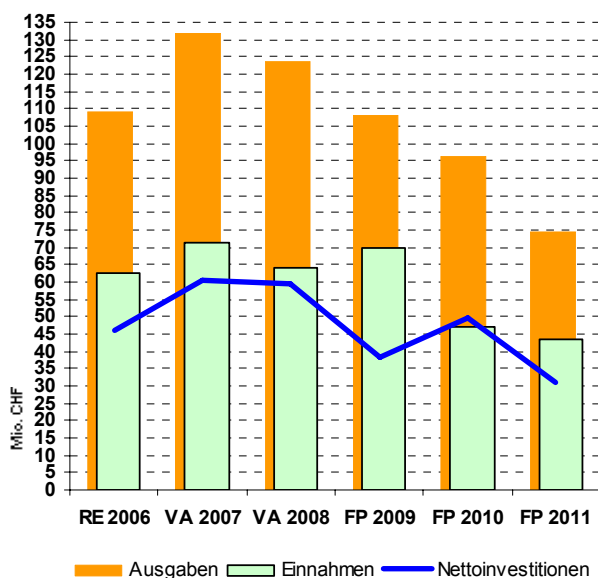


Bemerkungen

Da die spezialfinanzierten Investitionen sofort abgeschrieben werden, widerspiegelt der Kostenverlauf des Aufgabengebietes Verkehr in erster Linie die Investitionstätigkeit im Kantonsstrassenbau.

Um rund 14 Mio. Franken erhöht haben sich gegenüber der Rechnung 2006 die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr. Diese Erhöhung ist mit der NFA (8.1 Mio) dem neuen Kostenverteiler zwischen Kanton und Gemeinden im Gesetz über den öffentlichen Verkehr (2.3 Mio.), der Übernahme der Kosten für den Schülerverkehr (2.1 Mio.) sowie mit einem optimierten Angebot (1.5 Mio.) erklärbar.

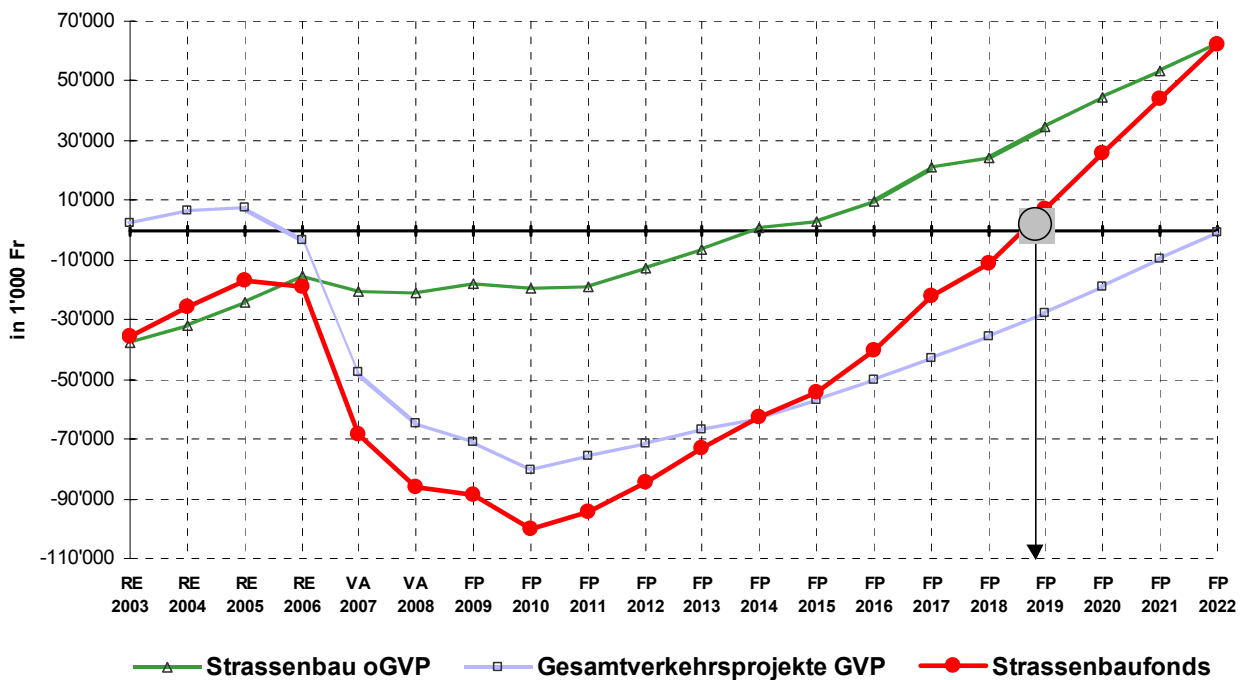
Total Investitionsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Nettoinvestitionen alle	46.3	60.7	59.3	38.0	49.4	31.2
Ausgaben	109.0	132.1	123.7	107.9	96.4	74.6
Einnahmen	-62.7	-71.4	-64.4	-69.9	-47.0	-43.3
Einzelne Nettoinvestitionen						
Strassenbau (GB)	44.9	59.2	57.8	36.3	47.7	29.5
Öffentlicher Verkehr (FG)	1.4	1.6	1.5	1.8	1.8	1.8



Bemerkungen

Die Grafik gibt die in den Planjahren hohe Investitionstätigkeit (Entlastung Region Olten) wieder.

3.7.6. Entwicklung des Strassenbaufonds 2003 - 2022



Strassenbau ohne Gesamtverkehrsprojekte

Der Kantonsrat hat am 26.06.2007 beschlossen, dass gemäss Auftrag UMBAWIKO (A83/2006) in den Globalbudgets Strassenbau der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Mitteleinsatz für Erhaltungsmassnahmen im Bereich des Kantonsstrassennetzes soweit erhöht wird, dass die Anlagesubstanz auf längere Sicht keinen Wertverlust erleidet. Aus Rücksicht auf die starke Belastung der Investitionsrechnung durch die Gesamtverkehrsprojekte wird dieser Mitteleinsatz in den Planjahren 2008 – 2011 noch minim gehalten.

Gesamtverkehrsprojekte Solothurn/Olten (GVP)

Zur Finanzierung der Projekte „Solothurn, Entlastung West“ und „Entlastung Region Olten“ wird auf den Steuern für Motorfahrzeuge ein Zuschlag von 15% erhoben. Der Zuschlag entfällt, wenn die dem Kanton anfallenden Projektkosten bezahlt sind, spätestens aber 20 Jahre nach seiner Inkraftsetzung am 1. Januar 2003 (KRB 31.10.2001 / Änderung der VO über Steuern und Gebühren für Motorfahrzeuge).

Mit Abschluss des Rechnungsjahres 2006 belief sich der Verlustvortrag auf 3.5 Mio. Fr. und wird in den Planjahren 2008 - 2011 den geschätzten Tiefststand von 80 Mio. Fr. erreichen. Dieser Fehlbetrag wird voraussichtlich im Jahr 2022 abgetragen sein.

Entwicklung Strassenbaufonds

Der Verlustvortrag des Strassenbaufonds betrug Ende 2006 rund 19 Mio. Fr. Analog zur Entwicklung der Gesamtverkehrsprojekte wird die Fondsverschuldung in den Planjahren 2008 – 2011 bis auf rund 100 Mio. Fr. anwachsen. Nach Abschluss der Grossprojekte wird der wieder abgebaut. Der Strassenbaufonds wird so schätzungsweise im Jahr 2019 wieder ausgeglichen sein.

3.8. Umwelt und Raumordnung

3.8.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Der Kanton Solothurn setzt sich für Rahmenbedingungen ein, welche der Erhaltung der Lebensgrundlagen durch eine zielgerichtete, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes und der natürlichen Ressourcen dienen.

3.8.2. Vorgaben Legislaturplan

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
1.	Umwelt Raum und Natur schützen	
1.1.	Hohe Lebens- und Wohnqualität;	-Entwicklungsschwerpunkte und Raumnutzung in Abstimmung mit Umweltpolitik festlegen

3.8.3. Politische Ziele, Leistungen und Veränderungen zum Vorjahr

Die hohe Umweltbelastung infolge fortschreitender Bautätigkeit und wachsendem motorisiertem Verkehr erfordert weiterhin Schutzmassnahmen. Der mit der Abwanderungen aus den Agglomerationen zusammenhängende Pendlerverkehr stellt eine Herausforderung für die Raumplanung und die Verkehrsplanung dar. Die Altlasten vergangener Tage bergen Risiken, die ständig analysiert werden müssen, um den Sanierungsbedarf abschätzen und wahrnehmen zu können.

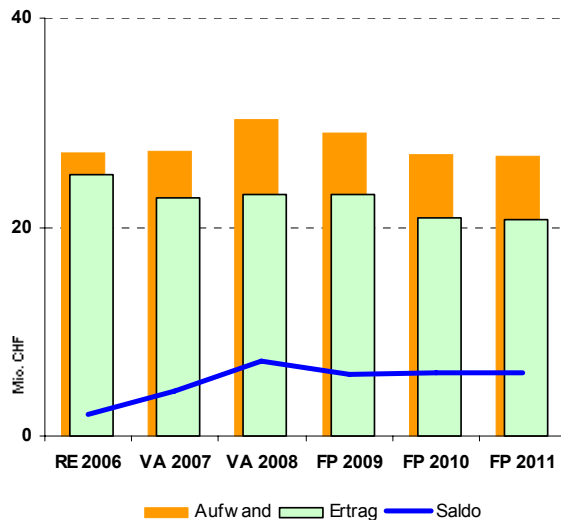
Gegenüber der Planung im Vorjahr müssen für die Bleisanierungen von Schiessanlagen für das Jahr 2008 2 Mio. Franken und für die Folgejahre je 1 Mio. Franken vorgesehen werden.

3.8.4. Massnahmen

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet. i.A = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen. sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.		Status	Erfasst	Bemerkungen / Indikatoren IAFP 08 - 11	Soll-Termin 08	Ist-Termin
Nr. Vorhaben						
8.01	Revision Bau- und Planungsgesetz, Botschaft und Entwurf	erl.	05		Dez 06	Sep 06
8.02	Totalrevision Wasserrechtsgesetz (Vernehmlassungsentwurf, Botschaft und Entwurf)	i.A.	05	Verzögerungen, Diskussionen mit Einwohnergemeindeverband über Vernehmlassungsergebnisse	Jun 08	
8.03	Systematische Altlastensanierung auf Basis des Katasters, inkl. Industrieflächenrecycling Grundlage RRB 2005/895 vom 19. April 2005) Bemerkungen: Information der Gemeinden und der Öffentlichkeit sowie Beginn der Veröffentlichung im Dezember 2007.	i.A.	05	Erarbeitung eines Programms für weitere Abklärungen 2008	Dez 08	
8.04	Überarbeitung Luftmassnahmenplan 2000 (inkl. Grundlagen ELVIS und EKAT 05) als Grundlage für griffigere Luftreinhalte-massnahmen bis 2007 (Grundlage: RRB 2003/2380 vom 16. Dezember 2003, Fortschreibung Luftmassnahmenplan)	i.A.	05	Neue Zielfestlegung in Funktion RRB Dez. 07 (Rechenschaftsbericht Luftmassnahmenplan 2000)	Dez 07	
8.05	Projekt RADAV (Revision der amtlichen Vermessung) programmgemäss weiterführen, voraussichtliches Projektende 2011(Grundlage Verpflichtungskredit vom November 1994 über 60 Mio. Franken, Nettoausgaben 15.6 Mio. Franken)	i.A.	05	Projektfortschritt gemäss Plan	Dez 11	
8.06	Erarbeitung des Anschlussprogrammes Natur- und Landschaft im Jahr 2007. Bemerkungen: Da das Anschlussprogramm Natur- und Landschaft in Übereinstimmung mit der Agrarpolitik 011 des Bundes gebracht werden soll, muss für das Jahr 09 ev. noch mit einem Übergangsprogramm gearbeitet	i.A.	05		Dez 08	
8.07	Errichtung eines Naturparks Thal nach den Bestimmungen des revidierten Natur- und Heimatschutzgesetzes (SR 451) bis ins Jahr 2009	i.A.	05	Projektfortschritt gemäss Plan	Dez 09	
8.08	Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Solothurner Gemeinden im Bereich Geographische Informationssysteme	i.A.	05	Projektfortschritt gemäss Plan	Dez 10	
8.09	Agglomerationsprogramme Solothurn und Olten (Grundlage: RRB 2003/2381 vom 16. Dezember 2003, Agglomerationsstrategie)	i.A.	05	RRB zur Einreichung an den Bund 2007. Folgearbeiten in Abhängigkeit der Beurteilung durch Bund	Dez 07	
8.10	Gewässeraufwertung: Berücksichtigung des Wasserbaukonzept und des REP Birs	erl.	06	Zusammenführen mit Hochwasserschutz Solothurn (8.12)	Dez 08	09.07.07
8.11	Schwermetallsanierung Schiessanlagen	i.A.	07	Einbau Kugelfänge bis 31. Oktober 2008	Okt 08	
8.12	Hochwasserschutz Solothurn	i.A.	07	B+E 06.08 Programmdauer 10 Jahre	Dez 18	

3.8.5. Finanzen (in Mio. Franken)

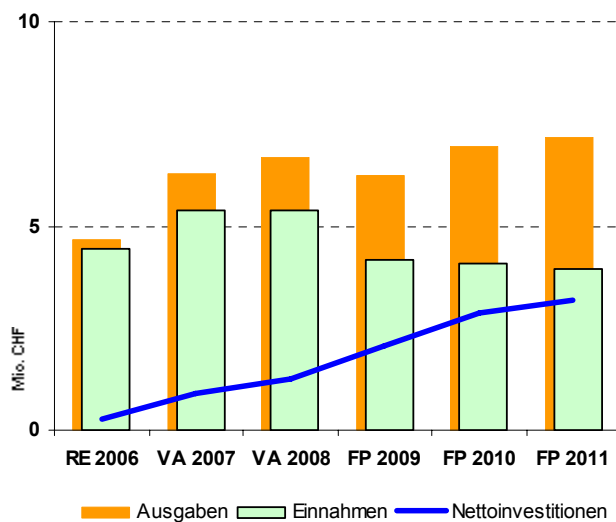
Total Erfolgsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Saldi Globalbudget	2.1	4.3	7.1	5.9	6.0	6.0
Aufwand	20.2	21.7	24.9	23.7	23.9	24.1
Ertrag	-18.1	-17.4	-17.8	-17.8	-17.9	-18.0
Saldo Finanzielle Grössen	0.0					
Aufwand	6.9	5.5	5.3	5.3	3.0	2.7
Ertrag	-6.9	-5.5	-5.3	-5.3	-3.0	-2.7
Saldo total	2.1	4.3	7.1	5.9	6.0	6.0



Bemerkungen

In der Erfolgsrechnung sind keine grossen Veränderungen ersichtlich. Für die Bleisanierungen von Schiessanlagen müssen für das Jahr 2008 2 Mio. Franken und für die Folgejahre je 1 Mio. Franken vorgesehen werden.

Total Investitionsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Nettoinvestitionen alle	0.3	0.9	1.3	2.1	2.9	3.2
Ausgaben	4.7	6.3	6.7	6.2	7.0	7.2
Einnahmen	-4.4	-5.4	-5.4	-4.2	-4.1	-4.0
Einzelne Nettoinvestitionen						
Umwelt (FG)	-0.9	-0.9	-0.5	0.3	1.1	1.4
Geoinformationen (FG)	1.2	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8



Bemerkungen

Die Erhöhung der Nettoinvestitionen im Umweltbereich ergibt sich aus den abgeschlossenen Rückzahlungen eines Darlehens im Amt für Umwelt.

3.9. Volkswirtschaft

3.9.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Der Aufgabenbereich „Volkswirtschaft“ umfasst Massnahmen, welche zu einer Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit führen, den wirtschaftlichen Strukturwandel sozial absichern und die Arbeitsmarktbedingungen kontrollieren.

Ebenso zählen dazu Massnahmen und das Setzen von Rahmenbedingungen, welche den Wald als naturnahe Lebensgemeinschaft schützen, die Erhaltung und die Förderung der Artenvielfalt bei der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt sicherstellen und den Schutz bedrohter Tierarten gewährleisten. Gleichzeitig haben die Massnahmen und Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass die wirtschaftliche und nachhaltige Nutzung des Waldes und der wildlebenden Tiere ermöglicht wird. In diesem Bereich ist auch der Vollzug der Bundesgesetzgebung in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz und Lebensmittelsicherheit der Lebensmittel tierischer Herkunft anzusiedeln. Als weiteres gilt es mit den gesetzlich vorgesehenen Massnahmen dafür zu sorgen, dass konkurrenzfähige landwirtschaftliche Familienbetriebe erhalten bleiben und eine naturnahe umweltgerechte landwirtschaftliche Bewirtschaftung möglich ist. Dazu gehört auch das Anbieten einer modernen, zeitgerechten land- und hauswirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung.

3.9.2. Vorgaben Legislaturplan

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
3.	Wirtschafts- und Arbeitsort stärken	
3.2	Wirtschaftsstandort fördern	
3.2.1	Höhere Beschäftigung	Ansiedlung von Firmen und Ausbau bei bestehenden Betrieben
3.2.2	Missbräuche verhindern;	Durchführung von Arbeitsmarktkontrollen;
3.2.3	Arbeitslosigkeit bekämpfen.	- Stellensuchende rasch und dauerhaft in den Arbeitsmarkt eingliedern; - Weitere Ausbildungsangebote für schulisch schwächere Jugendliche schaffen.

3.9.3. Politische Ziele, Leistungen und Veränderungen zum Vorjahr

Die im IAFP beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 08-11. Das internationale wirtschaftliche Umfeld wurde seit Anfang 2006 von einer erhöhten Wachstumsphase mit einer positiven Konjunktorentwicklung geprägt. Diese Entwicklung hat einen starken Einfluss auf den Arbeitsmarkt und trug zu einer Senkung der Arbeitslosenzahlen bei. Die tiefen Arbeitslosenzahlen führen an einzelnen Orten bereits zu einem zunehmenden Fachkräftemangel. Die Solothurner Wirtschaft ist deshalb von einem dauerhaften Strukturwandel betroffen.

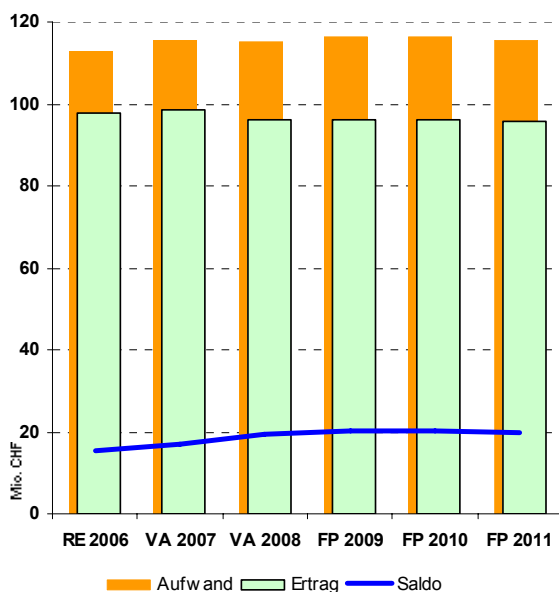
Die mit der Grenznahe verbundenen Chancen gilt es zu nutzen, was zu einer zunehmenden Verflechtung im grenznahen Raum führt.

3.9.4. Massnahmen

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet. i.A = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen. sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.		Status	Erfasst	Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin 08	Ist-Termin
Nr. Vorhaben				IAFP 08 - 11		
9.01 NFA: Einführung einer leistungsorientierten Förderungspolitik des Bundes mit Programmvereinbarung (Bund - Kanton) und entsprechenden Vereinbarungen mit den Waldeigentümern. Vollzug erfolgt mit Inkraftsetzung des NFA - voraussichtlich 2008		i.A.	05	Vereinb. mit Bund Regelung Kanton - Waldeigentümer Anpassung Waldgesetz erfolgt RRB B+E vom 3.Juli 2007/1232.	Dez 07 Dez 08 Dez 07	Jul 07
9.02 Totalrevision Waldgesetzgebung; bis 2009 abgeschlossen (im Anschluss an die Teilrevision Bundeswaldgesetz)		i.A.	05	RRB B+E	Dez 08	
9.03 Totalrevision Fischereigesetz (Vernehmlassung, Botschaft und Entwurf)		i.A.	05	Kenntnisnahme Vernehmlassung RRB 2007/1426 vom 27. Aug 2007 Eckpfeiler Verordnung RRB B+E Inkrafttreten	Jun 07 Dez 07 Dez 07 2009	
9.04 Regelung der Hundehaltung: Neuvorlage Hundegesetz (Botschaft und Entwurf)		erl.	05	RRB 2006/1223 vom 26. Juni 2006, KRB RG 070a/2006 vom 7.11.2006; die Verordnung wird vorbereitet.	Dez 06	Jun 06
9.05 Auflösung Konkordat mit FH Wädenswil – neu: Ausrichtung von Schulgeldern.		erl.	05	RRB 2006/1666 vom 12. Sept. 2006 RRB B+E	Sep 06	Sep 06
9.06 NFA: Es entfallen die kantonalen Beiträge an die Tierzucht sowie im Gegenzug die Bundesbeiträge an die landwirtschaftl. Beratung. Bisherige Finanzkraftzuschläge werden gestrichen.		i.A.	05	Gesetzesanpassungen Landwirtschaftsgesetz an NFA	Dez 07	
9.07 Vollzug der Flankierenden Massnahmen zu Personenfreizügigkeit – Vereinbarung mit seco abschliessen – Reorganisation der Arbeitsmarktkontrollstelle		erl.	06	abgeschlossen 27.7.06 Leiter eingestellt 1.7.06	Dez 06 Dez 06	Jun 06
9.08 Bekämpfung Schwarzarbeit – EG zum Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit (EG BGSA; Botschaft und Entwurf) – Weisungen zu Tänzerinnen-Bewilligungen – Schwarzarbeitskontrolle „Nero sei“ – Schwarzarbeitskontrolle „Nero sette“		erl.	05	KRB RG 087-2007 vom 29. Aug. 2007 abgesagt durchgeführt wird durchgeführt	Dez 06 Dez 06 Dez 06 Dez 07	Jun 07 Okt 06
9.09 Gewährung der Sicherheit entlang der Kantonsstrassen im Wald. Beschluss Kantonsrat (061/2007)		erl.	06	Ermittlung Handlungs- und Finanzbedarf	Dez 07	Aug 07

3.9.5. Finanzen (in Mio. Franken)

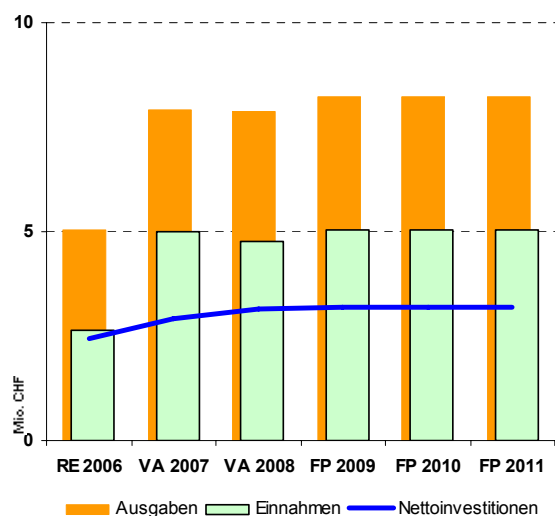
Total Erfolgsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Saldi Globalbudget	14.6	16.5	18.7	19.2	19.2	19.2
Aufwand	111.8	114.6	114.2	114.6	114.6	114.5
Ertrag	-97.2	-98.0	-95.5	-95.4	-95.4	-95.4
Saldo Finanzielle Grössen	0.6	0.6	0.5	1.0	1.0	0.6
Aufwand	1.1	1.1	1.1	1.8	1.8	1.2
Ertrag	-0.6	-0.5	-0.6	-0.8	-0.8	-0.5
Saldo total	15.2	17.1	19.2	20.2	20.2	19.8



Bemerkungen

Die finanzielle Entwicklung im Bereich "Volkswirtschaft" weist keine nennenswerten Schwankungen auf.

Total Investitionsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Nettoinvestitionen alle	2.4	2.9	3.1	3.2	3.2	3.2
Ausgaben	5.0	7.9	7.9	8.2	8.2	8.2
Einnahmen	-2.6	-5.0	-4.8	-5.0	-5.0	-5.0
Einzelne Nettoinvestitionen						
Landwirtschaft (GB)	1.7	2.1	2.3	2.3	2.3	2.3
Landwirtschaft SF UIF (FG)	0.6	0.6	0.6	0.7	0.7	0.7
Kantonsforstamt (FG)	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2



Bemerkungen

Die finanzielle Entwicklung der Investitionen im Bereich "Volkswirtschaft" weist keine nennenswerten Schwankungen auf.

3.10. Finanzen und Steuern

3.10.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Der Aufgabenbereich "Finanzen und Steuern" enthält ausschliesslich finanzielle Grössen (Finanzausgleichsbeitrag, Bundesanteile, Vermögenserträge, Zinsendienst, Abschreibungen, Rückstellungen, Buchgewinne und kantonale Steuern). Die Globalbudgets der Dienststellen, welche diese finanziellen Grössen bewirtschaften (Amt für Finanzen und Kantonales Steueramt) sind unter dem Aufgabenbereich 1, "Behörden / Allgemeine Verwaltung" aufgeführt.

3.10.2. Vorgaben Legislaturplanung

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
6.	Nachhaltige Finanz- und Personalpolitik gewährleisten	
6.1	Finanzpolitik	
6.1.1	Nettoverschuldung pro Kopf auf unter 2000 Fr. senken;	Restriktive Finanzpolitik weiterführen;
6.1.2	Grösstmögliche Wirkung der Ausgaben bei den Einwohnerinnen und Einwohnern erzielen;	- Rollende Überprüfung der Wirksamkeit und Notwendigkeit von Staatsbeiträgen; - Wirtschaftlichkeitsrechnung im umfassenden Sinne für alle grösseren Ausgaben;
6.1.3	Einlösung der NFA-Versprechen gegenüber Betroffenen;	- Umsetzungskonzept erarbeiten, notwendige Gesetzesänderungen termingerecht beschliessen; - Teilbereich Werkstätten und Wohnheime sowie Spitex: Auswirkungen klären und regeln;
6.1.4	Gezielte Steuerentlastungen bei überdurchschnittlich belasteten Einkommens- und Vermögensklassen.	- Anpassung der über dem schweizerischen Durchschnitt liegenden Steuertarife für natürliche Personen.

3.10.3. Politische Ziele, Leistungen und Veränderungen zum Vorjahr

Finanzpolitik generell: Als generelle Entwicklung kann festgestellt werden, dass die Steuerzahlerinnen und -zahler die staatlichen Leistungen immer mehr hinterfragen. Wir wollen deshalb weiterhin - trotz verbesserter finanzieller Lage - unsere Ausgaben laufend auf ihre Effizienz und Wirkung hin überprüfen mit dem Ziel, unseren Einwohnern und Einwohnerinnen ein möglichst gutes Dienstleistungsangebot zu günstigen Kosten anzubieten. Dazu sollen die Staatsbeiträge, welche eine grosse Ausgabenposition darstellen, periodisch überprüft werden und ein Konzept für eine umfassende Wirtschaftlichkeitsrechnung für grössere Ausgaben entworfen und umgesetzt werden.

Der Steuerwettbewerb unter den Kantonen nimmt an Intensität zu. Die Entwicklung des Steuersubstrates soll deshalb nachhaltig gefördert werden, indem die besonderen Standortvorteile des Kantons Solothurn (attraktive Wohngegenden, ausgezeichnete Verkehrserschliessung, günstig gelegene Industriezonen) und Staatsfinanzen, welche auf eine gesunde Entwicklung hinweisen, gegenüber möglichen privaten Zuzügern und potenziellen Investoren aktiv kommuniziert werden. Nachdem die Kantonsfinanzen stabilisiert werden konnten, die Nettoverschuldung pro Kopf bspw. betrug im Jahr 2005 1'780 Franken und im Jahr 2006 1'590 Franken, sollen nun gezielte Steuerentlastungen bei überdurchschnittlich belasteten Einkommens- und Vermögensklassen vorgenommen werden.

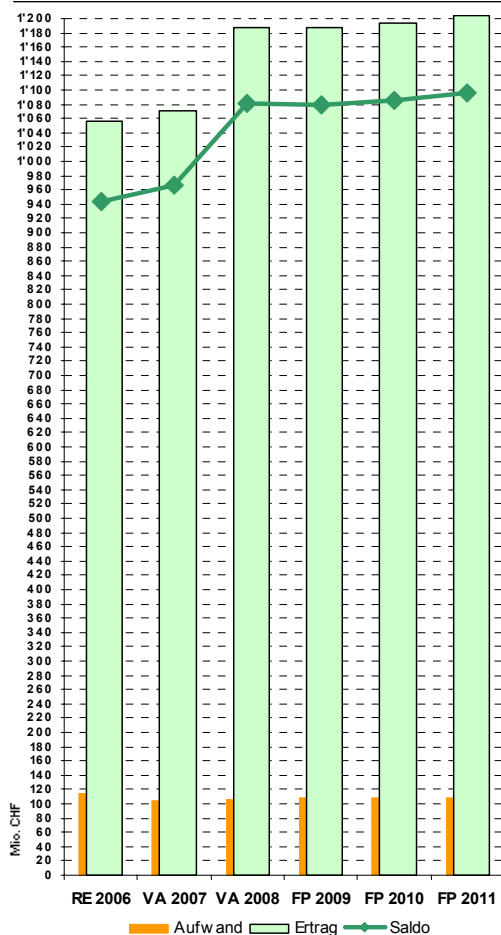
Vermögenserträge / Zinsendienst: Durch eine aktive Vermögens- und Schuldenbewirtschaftung sollen auch in der laufenden Legislatur optimale Konditionen ausgehandelt werden. Als Benchmark gelten die anderen Kantone, soweit diese ähnliche Anlagen tätigen.

3.10.4. Massnahmen

Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet. i.A = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen. sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.		Status	Erfasst	Bemerkungen / Indikatoren IAFP 08 - 11	Soll-Termin 08	Ist-Termin
Nr. Vorhaben						
10.01	Termingerechte NFA-Umsetzung Kt. Solothurn	erl.	05	Vernehmlassung zum Schlussbericht erledigt, RRB 2006/1818 vom 12.10.06 Schlussbericht Umsetzungskonzepte erledigt mit RRB 2007/471 vom	Okt 06 Mrz 07	Okt 06 Mrz 07
10.02	Steuergesetzrevision zur Entlastung besonders belasteter Einkommens- und Vermögensklassen, wenn die im Legislaturplan aufgeführten Bedingungen erfüllt sind	i.A.	05	Vernehmlassung; RRB 2006/1408 vom 11.7.2006 RRB B+E Erledigt mit KRB Nr. RG 038/2007 sowie RRB Nr. 2007/352 vom 6.3.2007, 2007/1240 vom 3.7.2007 und 2007/1395 vom 13.8.2007 Volksabstimmung am 21.10.2007	Jun 06 Dez 06 Okt 07	Jul 06 Aug 07
10.03	Weitgehende Abschaffung von Spezialfinanzierungen (Umsetzung Auftrag Grütter)	DA	05	Wurde von einem Projekt in eine Daueraufgabe umgewandelt.		
10.04	Konzept für umfassende Wirtschaftlichkeitsrechnung	erl.	05	Konzept beschlossen; RRB 2006/705 vom 4.4.2006	Mrz 06	Apr 06
10.05	Umsetzung SO+Massnahme Nr. 28: Erlasse im Leistungsbereich befristen und wirkungsorientiert ausgestalten	i.A.	05	RRB	Dez 06	Dez 07
10.06	Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes: Vorabzug für Kirchenwesen DBK aus Finanzausgleichssteuer (Botschaft und Entwurf)	erl.	06	Nichteintreten auf KOKO+Massn. durch KR	Dez 06	Mai 06
10.07	Erhöhung Finanzkompetenzen RR	i.A.	07	Vernehmlassung RRB B+E	Sep 07 Dez 07	
10.08	Defizit- und Steuererhöhungsbremse	erl.	07	Einführung einer Defizit- und einer Steuererhöhungsbremse mit KRB RG 085/2007 von 29.8.2007 und RRB Nr. 2007/1045 vom 19.6.2007	Sep 07	Aug 07

3.10.5. Finanzen (in Mio. Franken)

Total Erfolgsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Saldo Finanzielle Grössen	-943.1	-965.6	-1081.7	-1079.0	-1086.3	-1095.7
Aufwand	113.9	104.8	106.6	107.8	108.4	109.4
Ertrag	-1057.0	-1070.4	-1188.3	-1186.8	-1194.6	-1205.0

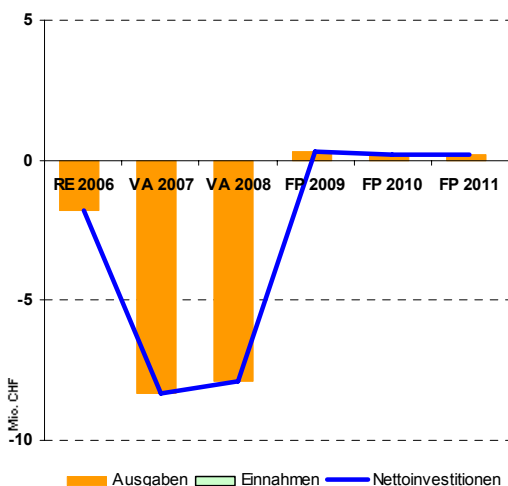


Bemerkungen

Ertragsseitig schlägt in der Erfolgsrechnung einerseits die Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung Bund - Kantone (NFA) insbesondere mit erheblichen Mehreinnahmen im sog. Ressourcenausgleich ab 2008 zu Buche. Andererseits führt die geplante Steuergesetzrevision mit Entlastungen bei Einkommens- und Vermögenssteuer ab 2008 zu Mindereinnahmen.

Ausgabenseitig schlägt insbesondere die tiefere Nettozinsbelastung zu Buche. Diese wiederum ist zurückzuführen auf die guten Abschlüsse der beiden letzten Jahre und dem Kantonsanteil aus dem Erlös der überschüssigen Goldreserven, welche dem Kanton 2005 zugeflossen sind und einen Schuldenabbau bewirkt.

Total Investitionsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Nettoinvestitionen alle	-1.8	-8.3	-7.9	0.3	0.2	0.2
Ausgaben	-1.8	-8.3	-7.9	0.3	0.2	0.2
Einnahmen						
Einzelne Nettoinvestitionen						
Finanzausgleich Einwohnergde SF	0.7	0.5	0.4	0.3	0.2	0.2
Rückstellungen (Bildung/Auflösung) FG	-2.5	-8.8	-8.3			



Bemerkungen

In der Investitionsrechnung gehen wir ausgabenseitig von einer leicht abnehmenden Entwicklung aus. Die Auflösung der zentral budgetierten Globalbudgetreserven (RE 06, VA 07+08) in der Investitionsrechnung wird als Minderaufwand ausgewiesen und kann nicht im Voraus prognostiziert werden. In den Finanzplanjahren ist deshalb nichts budgetiert.

4. Anhang 1: Zuteilung der Globalbudgets und Finanzgrössen zu den Aufgabenbereichen

Die aufgelistete Struktur entspricht dem Stand des Voranschlages 2007. Profitcenter welche keine Buchungen mehr im Jahr 2007 haben, werden nicht mehr aufgeführt.

4.1. Erfolgsrechnung

1. Behörden und allgemeine Verwaltung

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	5615	Parlamentdienste
• Dienstleistungen der Staatskanzlei	580	Staatskanzlei (inkl. Staatsarchiv)
• Drucksachen/Lehrmittelverlag	582	Drucksachen und Lehrmittelverlag
• Führungsunterstützung BJD	600	Departementssekretariat BJD
• Hochbau	602W	Hochbauamt
• Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	6400	Departementssekretariat FD
• Finanzen und Statistik	651	Amtschreiberei-Inspektorat
• Personalwesen	6410	Amt für Finanzen
• Steuerwesen	6420	Personalamt
• Informationstechnologie	6430	Steueramt
• Staatsaufsichtswesen	644	Amt für Informatik
• •Amtschreiberei-Dienstleistungen	650	Finanzkontrolle
• Führungsunterstützung DBK	653	Amtschreibereien
• Führungsunterstützung DDI	620	Departementssekretariat DBK
• Führungsunterstützung VWD und Stiftungsaufsicht	6600	Gesundheitsamt
• Gemeinden und Zivilstandsdienst	680	Departementssekretariat VWD und Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht
	685	Amt für Gemeinden ab 2006
Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• • Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	5610	Kantonsrat
• Dienstleistungen der Staatskanzlei	5620	Regierungsrat
	5621	Berufliche Vorsorge des Regierungsrats
• Personalwesen	6421	Sozialversicherung
	6422	Krankentaggeldversicherung (Fonds)
	6423	Unfallkasse (SF)
	6426	GAV

2. Öffentliche Sicherheit

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Jugendanwaltschaft	6108	Jugendanwaltschaft
• Strafverfolgung	6110	Staatsanwaltschaft
• Öffentliche Sicherheit	666W	Amt für öffentliche Sicherheit
• Admin. und techn. Verkehrssicherheit	6670	Motorfahrzeugkontrolle
• Justizvollzug	6672A	Strafanstalt Schöngrün
	6672B	Therapiezentrum „Im Schache“
• Polizei	668	Polizei
• Militär und Bevölkerungsschutz	698	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz
• Gerichte	70	Alle Gerichte
Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• •Admin. und techn. Verkehrssicherheit	6025	Bauten Motorfahrzeugkontrolle
• •Öffentliche Sicherheit	6669	Taggelder Straf- und Massnahmenvollzug
• Gerichte (Bussen, Abschreibungen)	7100	Gerichte (Bussen, Abschreibungen)
• Strafverfolgung, Bussengelder	6111	Staatsanwaltschaft (Bussen)

3. Bildung

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• •Stipendien	6205	Stipendien
• Volksschule und Kindergarten	6250	Zentrale Dienste Inspektorat
	6251	Volksschule, Kindergärten, Musikschulen
• •Berufsbildung- und Studienberatung	6260	Amt für Berufsbildung und –beratung
• Übergeordnete Führung und Koordination der Mittel- und Hochschulen	6280	Amt für Mittel- und Hochschulen
• Mittelschulbildung	6300	Kantonsschule Solothurn
	6302	Kantonsschule Olten
• Fachhochschulbildung	6341	Fachhochschule Nordwestschweiz
• Berufsschulbildung	635W	Berufbildungszentrum Solothurn –Grenchen
	635X	Berufbildungszentrum Olten
• Berufsbildung im Gesundheitsbereich	6351E	Bildungszentrum für Gesundheitsberufe
Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• •Führungsunterstützung DBK Schulgelder	6230	Schulgelder
• •Volksschule und Kindergarten	6254	Volksschulen
	6255	Progymnasien
	6256	Kindergarten
	6257	Sonderschulen
	6258	Musikschulen
• Berufsschulbildung und Studienberatung	6262	•Lehrabschlussprüfungen, Bundessubventionen

4. Kultur und Freizeit

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• •Kultur und Sport	6270	Kultur
	6272	Museum Altes Zeughaus
	6275	Sport
• Denkmalpflege und Archäologie	6050	Amt für Denkmalpflege und Archäologie
• Kirchenwesen	6206	Kirchenwesen
•		

5. Gesundheit

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• •Gesundheit	6610	Gesundheitsamt
	6613	Lebensmittelkontrolle
• Solothurnische interkantonale Spitalversorgung	6625	Betriebsbeiträge an Spitäler
Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• •Gesundheit	6614	Spitalbehandlungen gem. KVG

6. Soziale Wohlfahrt

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• •Soziale Sicherheit	6651	Oberämter
	6650	Amt für Soziale Sicherheit
Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• •Soziale Sicherheit	6029	Subv. Wohnungsbau
	6653	Sozialversicherungen
	6654	Soziale Dienste
	6655	Soziale Institutionen
	6656	Sozialhilfe und Asyl

7. Verkehr

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Öffentlicher Verkehr	6038A	Öffentlicher Verkehr
Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• •Strassenbau	6030	Amt für Verkehr und Tiefbau
	6035	Kantonsstrassenbau (SF)
	6037	Nationalstrassenbau (SF)
	6039	Finanzierung Strassenbaufonds
	6671	Verkehrseinnahmen und deren Verwendung

8. Umwelt und Raumordnung

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• •Umwelt	6040	Amt für Umwelt
• Raumplanung	6010	Amt für Raumplanung
	6012	Natur- und Heimatschutz (SF)
• Geoinformationen	6061	Amt für Geoinformationen
Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• •Umwelt	6043	Altlastenfonds (SF)
	6044	Abwasserfonds (SF)
	6046	Entsorgungsfonds (SF)
	6047	Deponienachsoorgefonds (SF)

9. Volkswirtschaft

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Wirtschaft und Arbeit •	6810	Amt für Wirtschaft und Arbeit
	6812	Arbeitsmarkt (RAV; LAM; KAST)
	6813	Arbeitslosenkasse
• Wald, Jagd und Fischerei	6901	Wald
	6902	Jagd und Fischerei
• Landwirtschaft	6950	Einzelbetriebliche Massnahmen
	6951	Vollzug Bundesmassnahmen
	6952	Massnahmen Kanton
	6954	Strukturverbesserungen
	6957	Veterinärdienst
	6959	Dienste Baseltor
	6970	Landwirtschaftsschule
	6971	Weiterbildung & Information
	6972	Hauswirtschaftsschule
	6974	Internat & Tagungszentrum
	6979	Dienste Wallierhof
Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• •Landwirtschaft	6958	Tierseuchenkasse (SF)
	6955	Zufahrt zu Berghöfen (SF)

10. Finanzen und Steuern

Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• •Finanzgrössen	6028	Grundstücke und Verschiedenes
	6416	Bundesanteile
	6417	Vermögenserträge
	6418	Zinsendienst
	6419	Abschreibungen / Rückstell. / Buchgewinne
	6432	Kantonale Steuern
	6852	Finanzausgleichs-Fusionsbeiträge
	6853	Finanzausgleichs Einwohnergemeinden (SF)
	6854	Finanzausgleich Kirchgemeinden (SF)

4.2. Investitionsrechnung

1. Behörden und allgemeine Verwaltung

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Informationstechnologie	644	Amt für Informatik

2. Öffentliche Sicherheit

Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Bauten Motorfahrzeugkontrolle	6025B	Bauten Motorfahrzeugkontrolle
• Justizvollzug	6672A	Strafanstalt Schöngrün
• Polizei	6680	Polizei

3. Bildung

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Bildungsbauten •	6025	Bildungs- und Allgemeine Bauten

Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Stipendien	6205	Stipendien
• Kantonale Schulen	6303	EDV-Systeme kantonale Schulen

4. Kultur / Freizeit (Keine Investitionsrechnung)

5. Gesundheit

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Spitalbauten	6026	Spitalbauten

Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Gesundheitsamt	6613	Lebensmittelkontrolle

6. Soziale Wohlfahrt (Keine Investitionsrechnung)

7. Verkehr

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Strassenbau	6035	Kantonsstrassenbau
	6037	Nationalstrassenbau

Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Öffentlicher Verkehr	6038B	Öffentlicher Verkehr

8. Umwelt und Raumordnung

Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Umwelt	6040	Amt für Umwelt
• Geoinformationen	6061	Amt für Geoinformationen

9. Volkswirtschaft

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Landwirtschaft	695W	Amt für Landwirtschaft

Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Kantonsforstamt	6901	Wald
• Landwirtschaft UIF (SF)	6956	Zufahrtstrassen zu Berghöfen

10. Finanzen und Steuern

Globalbudgets	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Finanzausgleich EG (SF)	6453	Finanzausgleich Einwohnergemeinden (SF)

Finanzgrössen	PC-Nr.	Leistungserbringende Dienststelle
• Rückstellungen (Bildung /Auflösung)	6419	Abschreibungen, Rückstellungen/Buchgewinne

5. Anhang 2: Details zu den Finanzen Erfolgsrechnung

1. Behörden / Allgemeine Verwaltung

Detail Erfolgsrechnung	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat						
Saldi Globalbudget	0.6	0.6	0.7	0.7	0.7	0.7
Aufwand	0.6	0.6	0.7	0.7	0.7	0.7
Ertrag						
Saldo Finanzielle Grössen	0.8	0.8	0.9	0.9	0.9	0.9
Aufwand	0.8	0.8	0.9	0.9	0.9	0.9
Ertrag						
Saldo total	1.4	1.5	1.6	1.6	1.6	1.6
Dienstleistungen der Staatskanzlei						
Saldi Globalbudget	5.1	5.6	5.7	5.7	5.7	5.7
Aufwand	5.3	5.8	5.8	5.8	5.8	5.8
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.2	-0.1	-0.1	-0.1
Saldo Finanzielle Grössen	3.4	3.3	3.2	3.2	3.0	3.0
Aufwand	3.5	3.7	3.6	3.6	3.4	3.4
Ertrag	-0.1	-0.3	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
Saldo total	8.5	9.0	8.9	8.9	8.7	8.7
Drucksachen/Lehrmittelverlag						
Saldi Globalbudget	1.0	2.7	2.8	2.6	2.6	2.6
Aufwand	4.1	5.7	5.8	5.6	5.6	5.6
Ertrag	-3.1	-3.0	-3.0	-3.0	-3.0	-3.0
Führungsunterstützung BJD						
Saldi Globalbudget	3.2	3.6	3.8	3.8	3.8	3.8
Aufwand	3.4	3.8	3.9	3.9	3.9	3.9
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Hochbau						
Saldi Globalbudget	23.2	23.7	25.4	28.5	28.8	28.9
Aufwand	28.5	28.1	30.3	33.3	33.3	33.4
Ertrag	-5.3	-4.4	-4.8	-4.8	-4.5	-4.5
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht						
Saldi Globalbudget	1.1	1.2	1.5	1.5	1.5	1.5
Aufwand	1.1	1.3	1.6	1.6	1.6	1.6
Ertrag	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzen und Statistik						
Saldi Globalbudget	2.1	0.6	1.2	1.2	1.2	1.2
Aufwand	3.6	2.1	2.3	2.3	2.3	2.3
Ertrag	-1.5	-1.5	-1.1	-1.1	-1.1	-1.1
Personalwesen						
Saldi Globalbudget	4.1	4.3	4.8	4.9	4.9	4.9
Aufwand	4.4	4.5	4.9	5.0	5.0	5.0
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Saldo Finanzielle Grössen	3.3	2.6	1.6	1.6	1.6	1.6
Aufwand	4.6	4.4	3.3	3.3	3.3	3.3
Ertrag	-1.3	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8
Saldo total	7.4	6.9	6.3	6.4	6.4	6.4

	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Steuerwesen						
Saldi Globalbudget	11.8	13.2	14.3	14.0	13.8	13.8
Aufwand	24.1	24.9	26.7	26.4	26.2	26.2
Ertrag	-12.3	-11.8	-12.4	-12.4	-12.4	-12.4
Informationstechnologie						
Saldi Globalbudget	9.4	9.3	10.1	10.5	11.0	11.5
Aufwand	14.5	13.3	14.9	15.4	15.9	16.5
Ertrag	-5.1	-4.1	-4.8	-4.8	-4.9	-5.0
Staatsaufsichtswesen						
Saldi Globalbudget	0.7	0.8	0.9	0.9	0.9	0.9
Aufwand	1.1	1.1	1.2	1.2	1.2	1.2
Ertrag	-0.3	-0.3	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Amtschreiberei-Dienstleistungen						
Saldi Globalbudget	-8.0	-7.8	-7.3	-7.7	-7.2	-7.2
Aufwand	25.3	24.9	25.7	25.7	25.5	25.5
Ertrag	-33.3	-32.7	-33.0	-33.4	-32.7	-32.7
Führungsunterstützung DBK						
Saldi Globalbudget	2.2	2.3	2.5	2.5	2.5	2.5
Aufwand	2.2	2.3	2.5	2.5	2.5	2.5
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Führungsunterstützung VWD						
Saldi Globalbudget	1.3	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5
Aufwand	1.6	1.6	1.7	1.7	1.7	1.7
Ertrag	-0.3	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Gemeinden und Zivilstandsdienst						
Saldi Globalbudget	2.2	3.2	3.1	3.1	3.1	3.1
Aufwand	3.3	4.4	4.6	4.6	4.6	4.6
Ertrag	-1.0	-1.2	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5

2. Öffentliche Sicherheit

	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Jugendanwaltschaft						
Saldi Globalbudget	1.0	1.3	7.0	7.0	7.0	7.0
Aufwand	1.2	1.5	7.5	7.5	7.5	7.5
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Saldo Finanzielle Grössen	-4.7					
Aufwand	6.8					
Ertrag	-11.5					
Saldo total	-3.7	1.3	7.0	7.0	7.0	7.0
Staatsanwaltschaft						
Saldi Globalbudget		3.1	3.5	3.8	3.3	4.3
Aufwand		6.7	7.3	7.6	7.1	8.1
Ertrag		-3.6	-3.8	-3.8	-3.8	-3.8
Saldo Finanzielle Grössen		-4.3	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3
Aufwand		1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
Ertrag		-5.3	-5.3	-5.3	-5.3	-5.3
Saldo total		-1.2	-0.8	-0.5	-1.0	0.0
Öffentliche Sicherheit						
Saldi Globalbudget	2.9	3.7	4.7	5.4	5.4	5.4
Aufwand	12.3	12.4	12.7	12.9	12.9	12.9
Ertrag	-9.5	-8.8	-8.0	-7.5	-7.5	-7.5
Saldo Finanzielle Grössen	3.2	4.2	13.1	13.5	13.5	13.5
Aufwand	3.2	4.2	13.1	13.5	13.5	13.5
Ertrag						
Saldo total	6.1	7.9	17.8	18.9	18.9	18.9
Justizvollzug						
Saldi Globalbudget	2.5	3.1	3.8	3.8	3.8	3.8
Aufwand	15.5	16.0	16.6	16.6	16.6	16.6
Ertrag	-12.9	-12.9	-12.8	-12.8	-12.8	-12.8
Admin. und techn. Verkehrssicherheit						
Saldi Globalbudget	-2.8	-2.2	-2.3	-2.4	-2.4	-2.4
Aufwand	12.0	13.2	13.1	13.0	13.0	13.0
Ertrag	-14.8	-15.4	-15.5	-15.5	-15.5	-15.5
Polizeiwesen						
Saldi Globalbudget	38.2	40.9	46.0	49.0	49.7	50.8
Aufwand	60.2	62.8	68.1	70.6	71.3	72.4
Ertrag	-21.9	-22.0	-22.1	-21.6	-21.6	-21.6
Militär- und Bevölkerungsschutz						
Saldi Globalbudget	5.3	5.7	5.9	5.9	5.9	5.9
Aufwand	10.1	9.0	10.1	10.1	10.1	10.1
Ertrag	-4.8	-3.2	-4.2	-4.2	-4.2	-4.2
Gerichte						
Saldi Globalbudget	15.4	16.6	16.4	16.4	16.4	16.4
Aufwand	20.3	21.9	21.3	21.3	21.3	21.3
Ertrag	-4.9	-5.3	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Saldo Finanzielle Grössen			0.0	0.0	0.0	0.0
Aufwand			0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag			-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Saldo total	15.4	16.6	16.4	16.4	16.4	16.4

3. Bildung

	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Stipendien						
Saldi Globalbudget	3.8	3.8	6.0	7.4	7.9	7.9
Aufwand	5.7	5.8	7.9	8.4	8.9	8.9
Ertrag	-1.8	-2.0	-1.8	-1.0	-1.0	-1.0
Saldo Finanzielle Grössen	64.9	60.9	70.2	70.7	74.2	76.2
Aufwand	64.9	62.6	71.9	72.4	75.9	77.9
Ertrag		-1.7	-1.7	-1.7	-1.7	-1.7
Saldo total	68.7	64.7	76.2	78.1	82.1	84.1
Volksschule und Kindergarten						
Saldi Globalbudget	7.8	10.9	13.8	14.0	15.4	15.5
Aufwand	13.1	13.1	13.8	14.1	15.4	15.5
Ertrag	-5.3	-2.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Finanzielle Grössen	114.0	131.3	173.6	183.5	201.5	204.0
Aufwand	119.0	131.3	173.6	183.5	201.5	204.0
Ertrag	-5.0					
Saldo total	121.8	142.2	187.4	197.5	216.9	219.5
Berufsbildung- und Studienberatung						
Saldi Globalbudget	5.0	5.3	6.3	6.3	6.3	6.3
Aufwand	5.2	5.6	8.1	8.1	8.1	8.1
Ertrag	-0.2	-0.2	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8
Übergeordnete Führung u. Koordination der Mittel-u. Hochschulen						
Saldi Globalbudget	0.4	0.5	0.5	0.6	0.8	1.4
Aufwand	0.4	0.5	0.5	0.6	0.8	1.4
Ertrag						
Mittelschulbildung						
Saldi Globalbudget	44.5	39.0	40.8	41.3	41.8	42.0
Aufwand	46.6	48.8	50.8	51.3	51.8	52.1
Ertrag	-2.1	-9.8	-10.0	-10.0	-10.0	-10.0
Fachhochschulbildung						
Saldi Globalbudget	35.3	34.5	34.5	37.5	38.0	38.8
Aufwand	35.6	34.5	34.5	37.5	38.0	38.8
Ertrag	-0.3					
Berufsschulbildung						
Saldi Globalbudget	24.6	28.8	30.4	32.3	32.3	32.3
Aufwand	41.0	44.5	47.6	49.4	49.4	49.4
Ertrag	-16.5	-15.7	-17.2	-17.1	-17.1	-17.1
Saldo Finanzielle Grössen	1.1	1.3	1.2	1.3	1.3	1.3
Aufwand	2.5	2.8	15.3	15.4	15.4	15.4
Ertrag	-1.4	-1.5	-14.1	-14.1	-14.1	-14.1
Saldo total	25.7	30.1	31.6	33.6	33.6	33.6
Berufsschulbildung im Gesundheitsbereich						
Saldi Globalbudget	6.5	7.2	7.0	7.0	7.0	7.0
Aufwand	9.0	9.2	9.6	9.7	9.7	9.7
Ertrag	-2.4	-2.0	-2.7	-2.7	-2.7	-2.7

4. Kultur und Freizeit

	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Kultur und Sport						
Saldi Globalbudget	4.3	4.5	5.1	6.5	6.5	6.6
Aufwand	6.1	6.0	6.5	7.9	7.9	8.0
Ertrag	-1.8	-1.4	-1.4	-1.5	-1.5	-1.5
Denkmalpflege und Archäologie						
Saldi Globalbudget	1.7	2.1	2.5	2.5	2.5	2.5
Aufwand	3.2	3.4	4.6	4.6	4.6	4.6
Ertrag	-1.5	-1.3	-2.1	-2.1	-2.1	-2.1
Kirchenwesen						
Saldi Globalbudget	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
Aufwand	1.2	1.2	1.3	1.3	1.3	1.3
Ertrag	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3

5. Gesundheit

	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Gesundheit						
Saldi Globalbudget	4.8	5.6	5.9	5.9	5.9	5.9
Aufwand	5.2	5.9	6.2	6.2	6.2	6.2
Ertrag	-0.4	-0.3	-0.4	-0.3	-0.3	-0.3
Saldo Finanzielle Grössen	37.4	51.5	50.0	48.5	52.0	56.0
Aufwand	42.1	52.3	52.0	50.0	53.0	57.0
Ertrag	-4.7	-0.8	-2.0	-1.5	-1.0	-1.0
Saldo total	42.2	57.1	55.9	54.4	57.9	61.9
Sol.interkant.Spitalversorgung						
Saldi Globalbudget	191.0	198.8	209.6	218.0	220.5	224.5
Aufwand	191.0	198.8	209.6	218.0	220.5	224.5
Ertrag						

6. Soziale Wohlfahr

	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Soziale Sicherheit						
Saldi Globalbudget	4.8	5.2	7.9	7.9	7.9	8.5
Aufwand	6.3	6.7	8.1	8.1	8.1	8.7
Ertrag	-1.4	-1.5	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Saldo Finanzielle Grössen	164.8	165.8	145.3	150.2	155.0	159.9
Aufwand	307.5	328.0	300.7	307.3	314.1	321.0
Ertrag	-142.8	-162.2	-155.4	-157.1	-159.1	-161.1
Saldo total	169.6	171.1	153.2	158.1	162.9	168.4

7. Verkehr

	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Strassenbau						
Saldo Finanzielle Grössen	2.4	-2.0	4.2	4.4	4.4	4.3
Aufwand	81.0	95.1	98.1	73.3	84.5	71.6
Ertrag	-78.6	-97.1	-93.9	-69.0	-80.1	-67.3
Öffentlicher Verkehr						
Saldi Globalbudget	15.6	17.4	29.0	27.2	29.0	29.2
Aufwand	30.3	32.8	43.9	44.8	48.2	48.7
Ertrag	-14.8	-15.4	-14.8	-17.6	-19.2	-19.5

8. Umwelt und Raumordnung

	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Umwelt						
Saldi Globalbudget	-1.8	0.3	2.6	1.3	1.4	1.4
Aufwand	12.2	13.0	15.5	14.3	14.4	14.4
Ertrag	-13.9	-12.7	-13.0	-13.0	-13.0	-13.0
Saldo Finanzielle Grössen	0.0					
Aufwand	6.9	5.5	5.3	5.3	3.0	2.7
Ertrag	-6.9	-5.5	-5.3	-5.3	-3.0	-2.7
Saldo total	-1.8	0.3	2.6	1.3	1.4	1.4
Raumplanung						
Saldi Globalbudget	2.6	2.6	3.0	3.0	3.0	3.0
Aufwand	6.6	7.1	7.7	7.7	7.8	8.0
Ertrag	-4.0	-4.5	-4.7	-4.7	-4.8	-4.9
Geoinformationen						
Saldi Globalbudget	1.3	1.5	1.6	1.6	1.6	1.6
Aufwand	1.4	1.6	1.7	1.7	1.7	1.7
Ertrag	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1

9. Volkswirtschaft

	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Wirtschaft und Arbeit						
Saldi Globalbudget	4.1	5.5	7.2	7.1	7.1	7.1
Aufwand	23.0	26.1	25.1	25.1	25.1	25.1
Ertrag	-18.9	-20.5	-17.9	-18.0	-18.0	-18.0
Wald, Jagd und Fischerei						
Saldi Globalbudget	2.6	3.1	3.2	3.4	3.4	3.4
Aufwand	7.3	7.8	7.3	7.4	7.4	7.4
Ertrag	-4.6	-4.7	-4.1	-4.0	-4.0	-4.0
Landwirtschaft						
Saldi Globalbudget	7.8	7.9	8.3	8.7	8.7	8.7
Aufwand	81.5	80.7	81.7	82.1	82.1	82.1
Ertrag	-73.6	-72.8	-73.4	-73.4	-73.4	-73.4
Saldo Finanzielle Grössen	0.6	0.6	0.5	1.0	1.0	0.6
Aufwand	1.1	1.1	1.1	1.8	1.8	1.2
Ertrag	-0.6	-0.5	-0.6	-0.8	-0.8	-0.5
Saldo total	8.4	8.5	8.8	9.8	9.8	9.3

10. Finanzen und Steuern

	RE 2006	VA 2007	VA 2008	FP 2009	FP 2010	FP 2011
Grundstücke und Verschiedenes						
Saldo Finanzielle Grössen	-33.6	-40.4	-34.9	-35.5	-37.8	-37.3
Aufwand	3.4	0.9	0.2	0.6	0.2	0.2
Ertrag	-36.9	-41.3	-35.1	-36.1	-38.1	-37.5
Bundesanteile						
Saldo Finanzielle Grössen	-220.1	-224.9	-353.0	-353.8	-354.8	-355.7
Aufwand						
Ertrag	-220.1	-224.9	-353.0	-353.8	-354.8	-355.7
Vermögenserträge						
Saldo Finanzielle Grössen	-14.7	-12.4	-17.5	-15.1	-15.1	-15.1
Aufwand						
Ertrag	-14.7	-12.4	-17.5	-15.1	-15.1	-15.1
Zinsendienst						
Saldo Finanzielle Grössen	35.0	31.3	27.8	22.0	22.0	22.0
Aufwand	35.7	32.5	29.8	24.5	24.5	24.5
Ertrag	-0.7	-1.2	-2.0	-2.5	-2.5	-2.5
Abschreibungen, Rückstellungen, Buchgewinne						
Saldo Finanzielle Grössen	30.3	29.5	34.1	39.2	40.2	41.2
Aufwand	30.6	29.5	34.1	39.2	40.2	41.2
Ertrag	-0.3					
Kantonale Steuern						
Saldo Finanzielle Grössen	-759.1	-766.9	-757.5	-756.7	-761.7	-771.7
Aufwand	16.6	15.9	14.6	14.6	14.6	14.6
Ertrag	-775.7	-782.7	-772.0	-771.3	-776.3	-786.3
Fusionsbeiträge						
Saldo Finanzielle Grössen	0.3			0.4	0.4	0.4
Aufwand	0.3			0.4	0.4	0.4
Ertrag						
Finanzausgleich Einwohnergemeinden						
Saldo Finanzielle Grössen	6.8	6.8	7.3	7.3	7.3	7.3
Aufwand	15.4	14.9	15.9	15.3	15.2	15.2
Ertrag	-8.7	-8.1	-8.6	-8.0	-7.9	-7.9
Finanzausgleich Kirchgemeinden						
Saldo Finanzielle Grössen	12.0	11.2	12.0	13.2	13.2	13.2
Aufwand	12.0	11.2	12.0	13.2	13.2	13.2
Ertrag						